

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
1	SVP	Budget	übergeordnet	übergeordnet	<b>Rückweisung:</b> Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, den Steuersatz von 1.54 auf 1.49 zu senken; das Budget 2026 muss einen Überschuss von 5 Mio. vorsehen; es dürfen keine neuen Aufgaben (ohne Kompensation) übernommen werden; es sei eine Verzichtsplanning insbesondere bei Investitionen vorzulegen, dabei sei zu priorisieren, welche Ausgaben vorangestellt werden sollen; dies unter Angabe der entsprechenden Gründe.	Wenn die Stadt Bern über zu viele Steuereinnahmen auf Vorrat erzielt, wird das Geld - anstelle von Steuerensenkungen - wiederum leichtfertig für neue Aufgaben ausgegeben. Es sei auf die vergangenen Jahre verwiesen, in denen den Steuerpflichtigen die ihnen eigentlich zustehende Steuerensenkung mehrmals verweigert wurde. Die Stadt lernt nur sparen, wenn die Mittel entsprechend Angesichts der Finanzlage beantragt die SVP Fraktion - im Gegensatz zu den vergangenen Jahren - nur eine moderate Senkung.
2	FDP	Budget	übergeordnet	übergeordnet	<b>Rückweisung:</b> Der Gemeinderat wird verpflichtet, ein Budget mit einem Überschuss von mindestens 30 Millionen vorzulegen. Dieses Ziel ist ausschliesslich mit Einsparungen und Priorisierungen zu erreichen.	Das vorliegende Budget 2026 weist lediglich einen Überschuss von 2,6 Mio. CHF aus. Gleichzeitig steigt die Verschuldung der Stadt weiter an, weil mehr als die Hälfte der Investitionen fremdfinanziert werden muss. Ein Überschuss von mindestens 30 Mio. CHF ist notwendig, um die Nettoschulden zu stabilisieren und die Eigenfinanzierungskraft wieder zu stärken. Dieses Ziel ist ohne Steuererhöhung erreichbar – aber nur, wenn der Gemeinderat die Ausgaben konsequent priorisiert und auf nicht zwingend notwendige Vorhaben verzichtet.
3	SVP	Budget	übergeordnet	übergeordnet	<b>Rückweisung:</b> Dem Gemeinderat sei die Auflage zu erteilen, neue Stellen vollumfänglich mit den vorhandenen Stellenprozenten zu kompensieren.	Das Problem ist ausgabenseitig und in Zeiten der kolossalen Verschuldung sind die Aufgaben zu priorisieren.
4	Mitte	Budget	übergeordnet	übergeordnet	<b>Rückweisung:</b> Das Budget wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit dem Auftrag, einen Entwurf vorzulegen, der – ohne Steuererhöhung und bei gleichbleibenden Annahmen bezüglich Realisierungsfaktor – einen Selbstfinanzierungsgrad von 47 Prozent (aktuell: 44 Prozent) aufweist.	Die gemeinderätliche Finanzstrategie enthält das Ziel, dass die Selbstfinanzierung den Nettoinvestitionen entsprechen sollte. In den vergangenen Jahren ist er diesem Ziel nicht näher gekommen und auch mit dem 2026 vorgesehenen Selbstfinanzierungsgrad von 44 Prozent macht er keine Schritte vorwärts. Eine Strategie, die nicht umgesetzt wird, ist wirkungslos, weshalb gefordert wird, dass der Selbstfinanzierungsgrad bereits für 2026 zu erhöhen ist.
5	FDP	Budget	übergeordnet	übergeordnet	<b>Rückweisung:</b> Der Gemeinderat wird verpflichtet, insbesondere den AFP auf Basis von konservativ berechneten Steuererträgen zu erstellen. Dabei sind externe Faktoren (z.B. Zollkrise, geopolitische Entwicklungen) in die Risikobewertung einzubeziehen und in einem Szenariovergleich darzustellen.	Der AFP geht weiter von steigenden Erträgen aus. Das ist angesichts der der geopolitischen Lage unverständlich. Mit der Zollkrise (Bundesgerichtsurteil zur Zollveranlagung, potenzielle Einnahmeausfälle bei Bundes- und Kantonsfinanzen) steigt die Unsicherheit zusätzlich – gerade auch mit Blick auf die Struktur des Wirtschaftsstandorts Stadt Bern (Med Tech Cluster, CSL Behring). Nur eine vorsichtige, konservative Berechnung der Erträge verhindert, dass die Stadt in ein strukturelles Defizit hineinplant.
6	AL/PdA/TIF, JUSO	Budget	übergeordnet	übergeordnet	Die Steueranlage für die Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen ist gegenüber der allgemeinen Steueranlage der Gemeindesteuern um 20 Prozent höher festzusetzen.	Das kantonale Steuergesetz sieht vor, dass Gemeinden eine bis zu 20 % abweichenden Steueranlage für die Gewinn- und Kapitalsteuern von Unternehmen festsetzen können. Da der Kanton Bern, entgegen der ursprünglichen Ankündigung, vorerst nur die Unternehmenssteuern, nicht aber die Einkommensteuer, gesenkt hat, ist es für die Steuerzahlenden der Stadt Bern nur fair, wenn sie, durch eine Anhebung der Gewinn- und Kapitalsteuer von Unternehmen, indirekt entlastet werden.
7	AL, TIF	Budget	übergeordnet	übergeordnet	Die Steueranlage ist auf 1,7 festzusetzen.	Um sich den politischen Spielraum nicht durch eine vermeintliche finanzielle Schiefelage einzuschränken, ist die Anpassung der Steueranlage vorzunehmen. Mit einer Steueranlage von 1.7 würde die Stadt Bern genau im kantonalen Durchschnitt liegen und hätte, gemäss Steuerverwaltung, 50.8 Mio. Fr. Mehreinnahmen zur Folge.
8	SVP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	Der Personalaufwand sei nicht zu erhöhen.	Die Stadt hat trotz Neuverschuldung stets weiteres Personal eingestellt und diese Einstellungen keiner Effizienzprüfung unterzogen. Dies gilt es nachzuholen und mögliche Einsparungen konsequent umzusetzen.
9	FDP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	Der Gemeinderat verzichtet auf die Schaffung neuer Stellen, sofern diese nicht mit der Erfüllung des städtischen Kernauftrags benötigt werden (z.B. mehr Lehrer wegen grösseren Schulklassen durch die Zuwanderung). Neue Stellen sollten zudem nur noch geschaffen werden, wenn sie auf einen Beschluss des Stadtrats gründen oder vom Stimmvolk oder durch unbeeinflussbare Sachzwänge begründet sind.	Der Personalaufwand ist einer der grössten Treiber der städtischen Ausgaben. Der AFP sieht weiterhin einen deutlichen Stellenzuwachs vor – ohne dass systematisch geprüft wird, ob diese Stellen für den städtischen Kernauftrag zwingend nötig sind. Gerade in Zeiten hoher Ausgaben und wachsender Schuldenlast muss die Stadt zurückhaltend sein. Zusätzliche Stellen dürfen nur dort geschaffen werden, wo sie unmittelbar der Erfüllung der Grundaufgaben dienen – beispielsweise mehr Lehrpersonen aufgrund steigender Schülerzahlen. Ein genereller Stellenstopp ausserhalb des Kernauftrags ist deshalb notwendig, um die Ausgaben nachhaltig zu begrenzen und die Handlungsfähigkeit der Stadt zu sichern.

Nr.	Einreichende / Antragsstelle	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
10	FDP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	<p>Der Gemeinderat wird beauftragt, die vorhandenen Personalressourcen der Verwaltung optimal zu nutzen. Die Anzahl Vollzeitäquivalente (FTE) ist in den Planjahren 2027 bis 2029 nur dann zu erhöhen, wenn eine Erweiterung zwingend erforderlich ist. Auf einen freiwilligen Stellenausbau ist zu verzichten.</p> <p><b>GEGENÜBERSTELLUNGEN</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Antrag SVP vs. Antrag FDP (Kernauftrag)</li> <li>• Obsiegender Antrag vs. Antrag FDP (nur zwingend erforderliche)</li> <li>• Obsiegender Antrag</li> </ul>	<p>Die Stadt Bern steht vor erheblichen finanziellen Herausforderungen. Ein kontinuierlicher Ausbau des Personalbestands belastet das Budget langfristig durch steigende Lohn-, Sozial- und Infrastrukturkosten. Es ist deshalb notwendig, die vorhandenen Personalressourcen effizienter einzusetzen und Stellenaufstockungen auf das absolut Notwendige zu beschränken. Durch diese Massnahme werden Kostenstabilität und eine verantwortungsvolle Personalpolitik sichergestellt, ohne dass die Kernaufgaben der Verwaltung gefährdet werden.</p>
11	SVP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	<p>Auf eine Steuererhöhung ist zu verzichten. Der Gemeinderat legt auch in den kommenden vier Jahren jeweils einen Aufgaben- und Finanzplan vor, welcher eine Steueranlage von höchstens 1.54 vorsieht.</p>	<p>Die Steuereinnahmen der Stadt Bern sind in den letzten Jahren überproportional zum Bevölkerungswachstum gestiegen. Noch mehr zugenommen haben allerdings die Ausgaben. Die Stadt muss mit den verfügbaren Mittel arbeiten.</p>
12	FDP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	<p>Der Gemeinderat wird verpflichtet, in den Planjahren 2026-2029 grundsätzlich auf eine Steuererhöhung zu verzichten.</p>	<p>Angesichts von Rekord-Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren besteht kein objektiver Grund, die Bevölkerung zusätzlich zu belasten. Eine Steuererhöhung wäre das falsche Signal: Statt die Einnahmen künstlich zu steigern, muss die Stadt ihre Ausgaben priorisieren und die Schuldenlast reduzieren. Nur so lassen sich stabile Finanzen und die Attraktivität des Standorts Bern langfristig sichern.</p>
154	SVP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	<p>Der Gemeinderat legt ein Haushaltsverbesserungspaket mit Wirksamkeit ab 2027 vor. Angesichts der prognostizierten Steuereinnahmen sollen in den Planjahren 2027 - 2030 Ertragsüberschüsse von kumuliert 100 Mio. Franken eingeplant werden.</p>	<p>Der bereits in der FIKO gestellte moderate Antrag 30/30a, der in den Planjahren 2027 - 2030 Ertragsüberschüsse von kumuliert 32 Mio. Franken vorsah, erreichte nicht einmal das Minderheitsquorum. Auch wollte ihn keine Fraktion miteinreichen. Die SVP ist der Auffassung, dass für die Steuerpflichtigen eine Steuersenkung wie in Ziff. 1 beantragt eigentlich die beste Lösung wäre, da ansonsten die Gefahr besteht, dass der finanzielle Puffer für Begehrlichkeiten später ohnehin aufgebraucht wird.</p> <p>Nach Auffassung der SVP gebieten die prognostizierten Steuereinnahmen trotz international kritischer Lage in den Planjahren 2027 - 2030 Ertragsüberschüsse von kumuliert mindestens 100 Mio. Franken. Um die Gegenüberstellung der SVP Anträge in der Finanzdebatte zu vermeiden, wäre die SVP bereit, die beiden harten 100 Mio Anträge zurück zu ziehen, wenn eine Unterstützung des ersten, bereits in der FIKO eingereichten Antrags signalisiert würde.</p>
155	SVP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	<p>Der Gemeinderat legt ein Haushaltsverbesserungspaket mit Wirksamkeit ab 2027 vor. Angesichts der prognostizierten Steuereinnahmen sollen in den Planjahren 2027-2030 Ertragsüberschüsse von kumuliert 100 Mio. Franken eingeplant werden. Diese müssen für die Verringerung der Schuldenlast eingesetzt werden.</p>	<p>Der bereits in der FIKO gestellte moderate Antrag 30/30a, der in den Planjahren 2027 - 2030 Ertragsüberschüsse von kumuliert 32 Mio. Franken vorsah, erreichte nicht einmal das Minderheitsquorum. Auch wollte ihn keine Fraktion miteinreichen. Die SVP ist der Auffassung, dass für die Steuerpflichtigen eine Steuersenkung wie in Ziff. 1 beantragt eigentlich die beste Lösung wäre, da ansonsten die Gefahr besteht, dass der finanzielle Puffer für Begehrlichkeiten später ohnehin aufgebraucht wird.</p> <p>Nach Auffassung der SVP gebieten die prognostizierten Steuereinnahmen trotz international kritischer Lage in den Planjahren 2027 - 2030 Ertragsüberschüsse von kumuliert mindestens 100 Mio. Franken. Um die Gegenüberstellung der SVP-Anträge in der Finanzdebatte zu vermeiden, wäre die SVP bereit, die beiden harten 100 Mio. Anträge zurück zu ziehen, wenn eine Unterstützung des ersten, bereits in der FIKO eingereichten Antrags signalisiert würde.</p>
30	SVP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	<p>Der Gemeinderat legt ein Haushaltsverbesserungspaket mit Wirksamkeit ab 2027 vor. Angesichts der prognostizierten Steuereinnahmen sollen in den Planjahren 2027-2030 Ertragsüberschüsse von kumuliert 32 Mio. Franken eingeplant werden.</p> <p><b>Gegenüberstellung / Abstimmung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Antrag 154 vs. Antrag 155</li> <li>• Obsiegender Antrag vs. Antrag 30</li> <li>• Abstimmung über obsiegenden Antrag</li> </ul>	

Nr.	Einreichende / Antragsstelle	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
13	AL/PdA/TIF, JUSO	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	Der Steuerungsbereich Kapitalstruktur und Verschuldung der Finanzstrategie ist um den folgenden strategischen Eckwert zu ergänzen: "Die Stadt Bern und ihre Anstalten leiht sich Geld ausschliesslich aus Finanzinstituten resp. Kapitalien, welche den Sustainable Development Goals (SDG) Richtlinien entsprechen."	Kredite sind politisch! Die Stadt Bern sollte ihren Prinzipien auch bei der Geldaufnahme treu bleiben. Auf dem Kapitalmarkt gibt es viele Akteur*innen die attraktive Kredite anbieten, die den Sustainable Development Goals Richtlinien entsprechen. Heutzutage ist es weder zinslich relevant, noch politisch Opportun, das dreckigste Geld zu den absolut günstigsten Konditionen aufzunehmen. Die Stadt Bern ist nicht zu klein um hier als Gläubigerin einen Aspekt ihrer eigenen Politik zu realisieren.
14	RWSU	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	In den Planjahren 2027 - 2029 sind die Finanzmittel einzustellen, die zur Umsetzung der in der Energie- und Klimastrategie 2035 vorgesehenen Massnahmen benötigt werden. Auf eine Reduktion der finanziellen Mittel im Rahmen der "Aufgaben-Priorisierung" ist in den Planjahren 2027-2029 zu verzichten.	Die in der Energie- und Klimastrategie 2035 aufgeführten Massnahmen basieren auf wissenschaftlichen Berechnungen und sind auf die Zielsetzung ausgerichtet. Eine Kürzung der finanziellen Mittel hat zur Folge, dass diese Zielwerte verfehlt werden – die Stadt Bern de facto die Klimaziele über Bord wirft, die im Klimareglement verankert worden sind.
15	FIKO	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	Die Stadt baut kostengünstig und überprüft ihre Bestellungen und Baustandards auf Sparpotential.	Die rekordhohen Investitionen lassen sich aktuell nur mit Aufnahme von Fremdkapital bewerkstelligen. Um den Anstieg der damit verbundenen Verschuldung in Grenzen zu halten, baut und unterhält die Stadt ihre Gebäude und Anlagen mit möglichst geringen Kosten. Sie überprüft die notwendigen Ausbaustandards und Bestellungen und verzichtet auf Zusatzbestellungen, die sich nicht zwingend ergeben.
16	FIKO	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	In künftigen Budgets und AFP ist transparent (z.B. mit einer Liste) auszuweisen, welche Aufgaben aus Spar- oder Priorisierungsgründen nicht ins Budget/AFP eingestellt wurden. Für jede Direktion sollen die Priorisierungen und Sparmassnahmen ersichtlich sein.	In den aktuellen Unterlagen sind zwar neue Aufgaben ausgewiesen, hingegen ist nicht ersichtlich, welche Aufgaben gestrichen, verschoben oder sonstwie nicht umgesetzt werden. Im Sinne der Transparenz und damit der Stadtrat seine Aufgabe wahrnehmen kann, sind diese Information wichtig und sollten auf den ersten Blick ersichtlich sein.
17	FIKO-Minderheit	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	Über den gesamten Planungshorizont ist ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 50 % ab 2027 einzuhalten und die Planung so auszugestalten, dass dieser sich jährlich um mind. 3 % erhöht.	Das Ziel der gemeinderätlichen Finanzstrategie bzw. eine Begrenzung der Neuverschuldung auf ein erträgliches Mass kann nur schrittweise erreicht werden. Im aktuellen AFP fehlen diese Schritte und der Selbstfinanzierungsgrad wird nicht erhöht. Dies erhöht die Zinslast jährlich und beschränkt die zukünftige Handlungsfähigkeit der Stadt. Beim Vorliegen ausserordentlicher Umstände, kann der Gemeinderat darlegen, weshalb er von der Planungserklärung abweicht.
18	FIKO-Minderheit	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	Gemäss AFP erbringt die Stadt Bern heute Leistungen über dem gesetzlichen Minimum und den kantonalen Vorgaben. Dies führt zu Mehrausgaben. Dazu ist die Stadt nicht verpflichtet. Künftig sind alle solchen Mehrausgaben im AFP separat auszuweisen und zu begründen.	Um die in Schieflage geratenen Finanzlage zu bereinigen, sind Ausgaben besonders zu prüfen, die über die kantonalen Mindestanforderungen hinausgehen, auszuweisen und zu begründen.
19	SVP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	Die Stadt priorisiert ihre Ausgabenpolitik und beschränkt sich prioritär auf die notwendigen Ausgaben. Wünschenswerte Ausgaben dürfen nur getätigt werden, wenn die Finanzlage dies zulässt und daraus keine Neuverschuldung resultiert.	Die Verschuldung ist ausgabenseitig und nicht ertragsseitig zu beheben.
20	SVP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	Die Stadt ermöglicht vermehrt Wohneigentum, Stockwerkeigentum und höherwertiges Wohnen an guten Wohnlagen.	Es sind positive Effekte auf die Finanzlage zu erwarten. Die Stadt muss auch potentiell guten Steuerzahlern etwas anbieten können. Nur wenn an guten Lagen interessante Objekte erstellt und erworben werden können, kann sich die Stadt finanziell erholen. Es braucht einen Mix aus subventionierten Wohnungen, Genossenschafts- und Sozialwohnungen aber auch aus selbstfinanzierten Wohneigentum an attraktiven Lagen.
21	SVP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	Die Stadt reduziert ihre hohen Wachstumsziele und setzt sich prioritär für die Interessen und Bedürfnisse der ansässigen Bevölkerung und für den Erhalt der noch vorhandenen Grünflächen ein.	Das angestrebte Bevölkerungswachstum kostet viel, zerstört die Grün- und Erholungsräume und führt zur Überlastung der bestehenden Infrastruktur. Die Stadt gewinnt nicht, sondern sie verliert wertvollen unersetzbaren Grünraum und Lebensqualität. Zudem geht wertvolles Kulturland unwiederbringlich verloren.
22	SVP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	Die Stadt geht bei neuen Beiträgen und Subventionen nicht über kantonale Mindestanforderungen hinaus.	Die Stadt bietet bei einer Vielzahl von öffentlichen Beiträgen und Subventionen bessere Leistungen als vom Kanton vorgegeben.
23	FDP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat bis Ende 2026 ein verbindliches Konzept vorzulegen, wie die Nettoschulden der Stadt Bern bis 2030 um mindestens 150 Mio. CHF reduziert werden können.	Die Nettoschulden der Stadt steigen trotz kleinem Überschuss 2026 weiter an, weil die Investitionen zu mehr als der Hälfte fremdfinanziert werden müssen. Ohne strukturelle Korrektur vergrössert sich die Abhängigkeit von Fremdkapital, was Zinslasten in einem unsicheren Umfeld (Zinswende, Inflation) erhöht. Eine solche "Schuldenbremse" ist notwendig, um das Eigenkapital langfristig zu stabilisieren und die Handlungsfähigkeit zu sichern.

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
24	FDP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat jährlich darzulegen, wie die Eigenfinanzierungsquote auf mindestens 60 % gesteigert werden kann, damit der Investitionsspielraum nicht weiter durch Schuldenaufnahme belastet wird.	2026 beträgt die Eigenfinanzierungsquote lediglich 44 %. Das bedeutet: Über die Hälfte der Investitionen müssen durch neue Schulden gedeckt werden. Sinkt die Quote weiter, verliert die Stadt mittelfristig die Fähigkeit, in zentrale Infrastruktur (Schulen, Verkehr, Energie) zu investieren, ohne neue Kredite aufzunehmen. Eine Quote von mindestens 60 % ist ein realistischer Wert, um die Verschuldung einzudämmen und die Zukunftsinvestitionen nicht zu blockieren.
25	FDP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	Folgekosten-Investitionen transparent darstellen: Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat jährlich eine konsolidierte Übersicht über die Folgekosten sämtlicher Investitionsprojekte vorzulegen. Diese hat Betriebsaufwand, Personalbedarf und Abschreibungen pro Projekt separat auszuweisen.	Der AFP 2026–2029 sieht Investitionen von rund 1,2 Mrd. CHF vor. Die Folgekosten vieler Projekte sind nicht transparent dargestellt. Ohne klare Übersicht drohen versteckte Mehrbelastungen. Die Finanzverwaltung ist für die konsolidierte Darstellung verantwortlich und schafft damit eine fundierte Entscheidungsbasis für den Stadtrat.
26	FDP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	Der Gemeinderat hat die geplante Priorisierung der Ausgaben zu konkretisieren und dem Stadtrat bis Mitte 2026 einen Katalog mit verbindlichen Streichungen, Verschiebungen oder Redimensionierungen vorzulegen.	Der Gemeinderat anerkennt zwar erstmals die Notwendigkeit einer Priorisierung, bleibt aber vage: konkrete Kürzungen, Verschiebungen oder Redimensionierungen fehlen. Angesichts des hohen Ausgabenwachstums reicht es nicht, das Problem in den nächsten Jahren bloss zu vertagen. Nur ein klarer, verbindlicher Katalog mit Streichungen und Verschiebungen zeigt, dass die Stadt wirklich bereit ist, ihre Ausgaben konsequent zu steuern.
27	FDP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	Der Gemeinderat wird beauftragt, prioritär eine umfassende Aufgabenüberprüfung durchzuführen. Sämtliche städtischen Leistungen sind systematisch auf Synergien, Doppelspurigkeiten und Optimierungspotenziale zu analysieren. Wo Überschneidungen festgestellt werden, sind diese konsequent zu beseitigen.	Angesichts der angespannten Finanzlage muss die Stadt Bern ihre Mittel gezielt einsetzen. Eine konsequente Aufgabenüberprüfung schafft Transparenz über Leistungen und Strukturen, ermöglicht die Beseitigung unnötiger Doppelspurigkeiten und führt zu einer nachhaltigen Entlastung des Budgets. So können Ressourcen freigesetzt werden, ohne zentrale Leistungen zu gefährden.
28	SVP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	Die Stadt schliesst keine Leistungsverträge mit Organisationen ab, die Personen aus ideologischen Gründen ausschliessen, indem die Sicherheit dieser Personen nicht gewährleistet wird.	Der faktische Ausschluss von Personen durch ein unzureichendes Sicherheitsdispositiv darf nicht durch Steuergelder finanziert werden. Dieses Geld ist einzusparen oder in Projekte einzusetzen, die für jede Person frei zugänglich und sicher sind.
29	SVP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	Die Stadt verzichtet auf Gebührenerhöhungen.	Die Verschuldung ist ausgabenseitig und nicht ertragsseitig zu beheben.
31	AL/PdA/TIF	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	Die Finanzstrategie ist ab PJ 2026 nicht weiter zu verfolgen.	Weite Teile der Finanzstrategie sind zahllos. Die Stadt Bern konnte weder in der Vergangenheit, noch in absehbarer Zukunft, die in der Finanzstrategie enthaltenen Zielvorgaben erreichen. Dies liegt unter Anderem auch daran, dass die Finanzstrategie mit ihren Finanzkennzahlen in Teilen über die kantonalen Vorgaben hinaus geht. Die Stadt Bern braucht eine Finanzstrategie die Ziele setzt, die auch erreicht werden können.
32	SVP	Planjahr	übergeordnet	übergeordnet	Die Stadt soll sich dafür einsetzen, dass neu in allen Parkhäusern, bei welchen sie die Mehrheitsbeteiligung hat, die erste Parkstunde gratis ist.	
33	FDP	Budget	GuB	010_Stadtrat	Auf die Schaffung einer zusätzlichen Stelle für Digitalisierung sei zu verzichten. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 41'600 zu kürzen.	Aufgrund der aktuellen Finanzlage ist eine solche Aufstockung schwierig. Diese Funktion muss auf die bisherigen Rollenträger verteilt werden.
34	FDP	Budget	GuB	020_Ombudsstelle	Auf das 30 Jahre Jubiläum der Ombudsstelle ist zu verzichten. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 40'000 zu kürzen.	CHF 40'000 für eine Feier für 30 Jahre erachten wir als völlig übertrieben. Normalerweise werden 30-jährige Jubiläen auch nicht gross gefeiert. Es ist nicht klar, weshalb bei der aktuellen Finanzlage Steuergeld für eine solche Feier ausgegeben werden soll.
35	JUSO, AL/PdA/TIF, GB/JA	Budget	GuB	030_Gemeinderat	Der Globalkredit ist um Fr. 70'000 zu erhöhen und an UNRWA zu spenden.	Die Menschen in Gaza werden durch den israelischen Staat gezielt und systematisch ermordet, vertrieben und ausgehungert. Diese völkermörderischen Verbrechen waren und sind vorsätzliche Handlungen, die bewusst darauf abzielen, die Palästinenser*innen in Gaza zu vernichten. Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) leistet unverzichtbare Arbeit, indem es Notunterkünfte, Nahrungsmittel, medizinische Versorgung und Bildungsangebote bereitstellt. Die Organisation leidet an einem massiven Finanzierungsengpass, der durch Diffamierungskampagnen immer prekärer wird. Mit einem Beitrag von 70'000 CHF kann sich die Stadt Bern solidarisch zeigen und humanitäre Verantwortung übernehmen.

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
36	AL/PdA/TIF, GB/JAI, JUSO	Budget	GuB	030_Gemeinderat	Der Globalkredit ist um Fr. 70'000 zu erhöhen.	Seit Jahren ist das Mittelmeer ein Massengrab für verzweifelte Migrant*innen. Solange Krieg, Unterdrückung und ökonomische Perspektivenlosigkeit in den Herkunftsländern der Flüchtlinge herrschen, werden sich weiterhin viele Menschen auf die Suche nach einem besseren Leben machen und ihre Heimat verlassen. Die seit Jahren betriebene Militarisierung der europäischen Aussengrenze wird das auch in Zukunft nicht verhindern. Die Zahl der Todesopfer steigt parallel zu den Ausgaben der europäischen Grenzsicherung. Die Zahl der Schutzsuchenden sinkt damit aber nicht. Viele Menschen in Europa widersetzen sich dieser tödlichen Flüchtlingspolitik und engagieren sich in der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer. Verschiedene Seenotrettungsschiffe befinden sich im Mittelmeer, um Menschenleben zu retten. Statt diese Aufgabe selbst zu übernehmen oder zumindest zu unterstützen, werden die Crews der zivilen Rettungsschiffe systematisch durch Staaten der EU kriminalisiert. Rettungsschiffe werden beschlagnahmt und Crewmitglieder angeklagt. Die nationale Flüchtlingspolitik in der Schweiz spielt leider keine bessere Rolle. Auch sie setzt auf Abschreckung und Repression und unterstützt die Militarisierung der europäischen Aussengrenzen mit ihrer Beteiligung und Finanzierung von Frontex. Demgegenüber hat sich die Stadt Bern im Januar 2024 zum Sicheren Hafen erklärt. «Die Erklärung der Stadt Bern zum Sicheren Hafen ist mehr als nur Symbolpolitik – es ist ein weiterer konsequenter Schritt im städtischen Engagement für eine menschliche und aktive Asyl- und Flüchtlingspolitik» schrieb der Gemeinderat dazu. Nachdem der Stadtrat im Budget 2024 und 2025 bereits 70'000 Fr. der Seenotrettungsorganisation Sea-Eye gespendet hat und damit jeweils 10 Rettungseinsatztage finanziert hat, kann sich die Stadt Bern auch im Jahr 2026 solidarisch zeigen und ein weiteres Mal 70'000 Fr. an die Sea Eye spenden.
37	FDP	Budget	PRD	100_Generalsekretariat	Auf die neue Stelle "Kommunikationsverantwortliche*r" ist zu verzichten. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 175'000 zu kürzen.	Bei der PRD gibt es bereits einen Informationsdienst, welcher sich um Kommunikation kümmert. Es sind Doppelspurigkeiten zu befürchten.
151	SBK	Budget	PRD	100_Generalsekretariat	Der Globalkredit ist um 80'000 Fr. für einen Beitrag an den Verein Vorplatz der Reitschule zu erhöhen.	Der Vorplatz der Reitschule ist ein sozialer Brennpunkt in der Stadt Bern. Die Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) als Betreiberin des Kulturzentrums Reitschule hat mit vielen Problemen auf dem Vorplatz der Reitschule zu kämpfen, die den Betrieb erschweren und zeitweise sogar verunmöglicht haben. Der Verein «IVoR (Interessengemeinschaft Vorplatz Reitschule) hat sich gegründet mit dem Ziel den Vorplatz zu beleben und mittels soziokultureller Animation auf dem Vorplatz für eine bessere Stimmung zu sorgen, damit präventiv Gewaltvorfälle vermieden werden können. Mit den 80'000 Fr. kann der Verein Awareness-Teams auf dem Vorplatz einsetzen, soziokulturelle Animation anbieten und die nötigen Massnahmen ergreifen, damit die IKuR entlastet wird, und sich um ihr Kerngeschäft kümmern kann, das Betreiben eines alternativen Kulturzentrums im Herzen von Bern.
38	FDP	Planjahr	PRD	100_Generalsekretariat	Auf die Schaffung einer "Kommunikationsverantwortliche*r" soll in den Jahren 2027-2029 grundsätzlich verzichtet werden.	Bei der PRD gibt es bereits einen Informationsdienst, welcher sich um Kommunikation kümmert. Es sind Doppelspurigkeiten zu befürchten.
152	SBK	Planjahr	PRD	100_Generalsekretariat	In den Globalkrediten der Planjahre 2027-2029 ist je 80'000 Fr. für einen Beitrag an den Verein Vorplatz der Reitschule einzustellen und die Kredite sind entsprechend zu erhöhen.	Der Vorplatz der Reitschule ist ein sozialer Brennpunkt in der Stadt Bern. Die Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) als Betreiberin des Kulturzentrums Reitschule hat mit vielen Problemen auf dem Vorplatz der Reitschule zu kämpfen, die den Betrieb erschweren und zeitweise sogar verunmöglicht haben. Der Verein «IVoR (Interessengemeinschaft Vorplatz Reitschule) hat sich gegründet mit dem Ziel den Vorplatz zu beleben und mittels soziokultureller Animation auf dem Vorplatz für eine bessere Stimmung zu sorgen, damit präventiv Gewaltvorfälle vermieden werden können. Mit den 80'000 Fr. kann der Verein Awareness-Teams auf dem Vorplatz einsetzen, soziokulturelle Animation anbieten und die nötigen Massnahmen ergreifen, damit die IKuR entlastet wird, und sich um ihr Kerngeschäft kümmern kann, das Betreiben eines alternativen Kulturzentrums im Herzen von Bern.
39	FDP	Budget	PRD	101_Personal_Finzen_und_digitale_Entwicklung	Auf die Schaffung einer 80% Stelle Business Analyst soll verzichtet werden. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 60'000 zu kürzen.	Der Bedarfsnachweis für eine permanente Stabs-Stelle ist nicht erbracht. Diese Funktion kann fallweise auch über Externe erbracht werden.

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
40	AL/PdA/TIF	Budget	PRD	101_Personal_Finzen_und digitale_Entwicklung	Der Globalkredit ist um Fr. 60'000 zu erhöhen.	Um der übergeordnete Zielsetzung "Aufbau städtisches Digitalportfolio und Stärkung digitale Resilienz." der Dienststelle Personal, Finanzen und digitale Entwicklung gerecht zu werden sind Mittel bereitzustellen um digitale Souveränität voranzutreiben. Das längerfristige Ziel muss sein, sich von Grosskonzernen wie Microsoft zu emanzipieren.
41	AL/PdA/TIF	Planjahr	PRD	101_Personal_Finzen_und digitale_Entwicklung	Der Globalkredit ist für die Planjahre 2207-2029 um Fr. 60'000 zu erhöhen.	Um der übergeordnete Zielsetzung "Aufbau städtisches Digitalportfolio und Stärkung digitale Resilienz." der Dienststelle Personal, Finanzen und digitale Entwicklung gerecht zu werden sind Mittel bereitzustellen um digitale Souveränität voranzutreiben. Das längerfristige Ziel muss sein, sich von Grosskonzernen wie Microsoft zu emanzipieren.
42	FDP	Planjahr	PRD	101_Personal_Finzen_und digitale_Entwicklung	Auf die Schaffung einer Stelle Business Analyst soll in den Jahren 2027-2029 grundsätzlich verzichtet werden.	Der Bedarfsnachweis für eine permanente Stabs-Stelle ist nicht erbracht. Diese Funktion kann fallweise auch über Externe erbracht werden.
43	SVP	Budget	PRD	105_Fachstelle_für_die_Gleichstellung_in_Geschlechterfragen	Der Globalkredit für die Fachstelle Gleichstellung in Geschlechterfragen ist um Fr. 300'000 zu reduzieren.	
44	SVP	Planjahr	PRD	105_Fachstelle_für_die_Gleichstellung_in_Geschlechterfragen	Die Fachstelleachstelle Gleichstellung in Geschlechterfragen ist per 2028 ersatzlos zu streichen.	
45	SBK	Budget	PRD	110_Kultur_Stadt_Bern	Der Globalkredit ist einmalig um CHF 100'000.- für einen entsprechenden Beitrag an bee-flat zu erhöhen.	Der Fortbestand von bee-flat ist ohne einen einmaligen Zusatzkredit ernsthaft gefährdet. Seit dem Abschluss des Leistungsvertrags haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen deutlich verändert: Trotz der stetig gestiegenen Besucher:innenzahlen in den letzten Jahren hat die anhaltende Teuerung direkte Auswirkungen auf die Betriebs-, Personal- und Veranstaltungskosten. Gleichzeitig haben sich die Einnahmen aus der Zusammenarbeit mit dem Veranstaltungsort PROGR markant reduziert. Neue Konditionen führen dazu, dass frühere, fest einkalkulierte Einnahmequellen ganz oder teilweise wegfallen. Diese Verschlechterung der Rahmenbedingungen scheint auf die Bemühungen des Hauses zurückzuführen zu sein, ein eigenes strukturelles Defizit zu kompensieren. bee-flat verfolgt konsequent das Ziel, faire und branchenübliche Löhne, Gagen und Honorare zu bezahlen. Dies ist unter den aktuell geltenden finanziellen Bedingungen kaum mehr möglich, ohne die Qualität des Programms oder die organisatorische Substanz zu gefährden. Der aktuelle Fehlbetrag im Budget beläuft sich auf rund CHF 100'000.-. Durch ein erfolgreiches Crowdfunding konnte ein Betrag in Höhe von CHF 65.000 (abzgl. Plattformspeisen) generiert werden. Dieser Erfolg demonstriert eindrucksvoll die Unterstützung, die bee-flat von der Bevölkerung erfährt und unterstreicht damit die Bedeutung des Fortbestands von bee-flat. Das Crowdfunding deckt jedoch lediglich das Defizit aus dem Geschäftsjahr 2024. Es ermöglicht es, den laufenden Betrieb sowie den Start in die Saison 2025/26 zu sichern. Der Nachkredit erlaubt es bee-flat, im Hinblick auf zu erwartenden strukturellen Mindereinnahmen zu reagieren, um den Verein mittelfristig nachhaltig und zukunftsfähig neu aufzustellen. Vorstand und Geschäftsleitung prüfen parallel alle Strukturen und Abläufe, um vorhandene Ressourcen noch effizienter und nachhaltiger einzusetzen. bee-flat zeigt sich offen für neue Formen der Zusammenarbeit mit anderen Veranstaltenden im Raum Bern und lotet aktiv alternative Spielorte sowie neue Formate aus. Ziel bleibt, auch unter erschwerten Bedingungen ein qualitativ hochwertiges, vielfältiges und gut verankertes Konzertprogramm für ein breites Publikum anzubieten. Ein einmaliger Zusatzkredit ist unerlässlich, um diesen Übergang zu ermöglichen. Ohne diese Unterstützung ist der Fortbestand von bee-flat ungewiss. Mit bee-flat würde die Stadt Bern eine international renommierte und lokal gut verankerte Plattform für innovative Musikformate mit zahlreichen, auch internationalen Live-Abend und Familienkonzerte mit globalen, innovativen Klängen sowie Schul- und Vermittlungsprogramme, Nachwuchsförderung und kulturelle Teilhabe verlieren.

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
46	SBK	Budget	PRD	110_Kultur_Stadt_Bern	Der Globalkredit ist um Fr. 75'000 für den Beitrag der Stadt Bern an den Verein Museumsquartier Bern zu erhöhen.	Das Museumsquartier Bern hat sich in den letzten Jahren zu einem bedeutenden Kulturstandort in der Stadt Bern entwickelt. Der Verein vereint elf renommierte Kultur- und Bildungsinstitutionen im Kirchenfeld, die jährlich über 520'000 Besucher:innen anziehen. Mit gemeinsamen Angeboten, einem abgestimmten Programm sowie kooperativen Projekten leistet das Museumsquartier einen zentralen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und zur Standortattraktivität der Stadt Bern. Seit 2025 befindet sich das Museumsquartier in der Realisationsphase. Mit der Einführung einer Dachmarke, dem Museumsquartier-Pass sowie einer neuen Website wurden entscheidende Schritte in Richtung einer koordinierten Sichtbarkeit unternommen. Der Verein trägt wesentlich zur besseren Erschliessung des Quartiers für die Bevölkerung und Besucher:innen bei, schafft niederschwellige Zugänge zur Kultur und stärkt den öffentlichen Raum – insbesondere durch den lebendigen Museumsgarten. Für die professionelle Koordination dieser Aktivitäten ist eine Geschäftsstelle unerlässlich. Diese wurde bereits auf das notwendige Minimum reduziert. Ohne eine angemessene öffentliche Unterstützung ist die Fortführung dieser wertvollen Arbeit gefährdet. Die Burgergemeinde Bern (CHF 150'000) und der Kanton Bern (CHF 75'000) haben ihre Beteiligung in Aussicht gestellt. Beide Körperschaften erwarten, dass sich die Stadt Bern mit einem Beitrag von ebenfalls CHF 75'000 beteiligt.
47	SBK	Planjahr	PRD	110_Kultur_Stadt_Bern	Der Globalkredit ist für die Planjahre 2027 bis 2029 um Fr. 75'000 pro Jahr für den Beitrag an den Verein Museumsquartier Bern zu erhöhen.	Das Museumsquartier Bern hat sich in den letzten Jahren zu einem bedeutenden Kulturstandort in der Stadt Bern entwickelt. Der Verein vereint elf renommierte Kultur- und Bildungsinstitutionen im Kirchenfeld, die jährlich über 520'000 Besucher:innen anziehen. Mit gemeinsamen Angeboten, einem abgestimmten Programm sowie kooperativen Projekten leistet das Museumsquartier einen zentralen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und zur Standortattraktivität der Stadt Bern. Seit 2025 befindet sich das Museumsquartier in der Realisationsphase. Mit der Einführung einer Dachmarke, dem Museumsquartier-Pass sowie einer neuen Website wurden entscheidende Schritte in Richtung einer koordinierten Sichtbarkeit unternommen. Der Verein trägt wesentlich zur besseren Erschliessung des Quartiers für die Bevölkerung und Besucher:innen bei, schafft niederschwellige Zugänge zur Kultur und stärkt den öffentlichen Raum – insbesondere durch den lebendigen Museumsgarten. Für die professionelle Koordination dieser Aktivitäten ist eine Geschäftsstelle unerlässlich. Diese wurde bereits auf das notwendige Minimum reduziert. Ohne eine angemessene öffentliche Unterstützung ist die Fortführung dieser wertvollen Arbeit gefährdet. Die Burgergemeinde Bern (CHF 150'000) und der Kanton Bern (CHF 75'000) haben ihre Beteiligung in Aussicht gestellt. Beide Körperschaften erwarten, dass sich die Stadt Bern mit einem Beitrag von ebenfalls CHF 75'000 beteiligt.
48	SVP	Planjahr	PRD	110_Kultur_Stadt_Bern	Der Globalkredit für den Personalaufwand von Kultur Stadt Bern ist per 2028 um Fr. 800'000 zu reduzieren.	
49	SVP	Planjahr	PRD	110_Kultur_Stadt_Bern	Der Globalkredit für den Personalaufwand von Kultur Stadt Bern ist per 2027 um Fr. 300'000 zu reduzieren und zugunsten der Kulturschaffenden und kulturellen Einrichtungen zu verwenden.	
50	FDP	Planjahr	PRD	120_Denkmalpflege	Der Gemeinderat wird beauftragt, die Arbeiten der städtischen Denkmalpflege auf das notwendige Minimum zu reduzieren. Bei Interessenabwägungen zwischen den Anliegen der Denkmalpflege und den Zielen einer ökologischen und nachhaltigen Bauweise sind die Interessen der Ökologie und Nachhaltigkeit prioritär zu gewichten.	Die Anforderungen an eine moderne Baupolitik haben sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Klimaziele, Energieeffizienz und eine nachhaltige Ressourcennutzung sind zentrale Herausforderungen, die eine Priorisierung ökologischer und nachhaltiger Bauweisen erfordern. Die bisherige Praxis zeigt jedoch, dass die Anliegen der Denkmalpflege oftmals zu Verzögerungen, Mehrkosten und technischen Einschränkungen führen. Um die klimapolitischen Zielsetzungen der Stadt Bern zu erreichen und gleichzeitig eine kosteneffiziente Bauentwicklung zu ermöglichen, ist es notwendig, die Tätigkeiten der Denkmalpflege auf das zwingend Erforderliche zu beschränken und ihre Interessen bei Konflikten nachrangig zu gewichten.
51	SVP	Budget	PRD	130_Aussenbeziehungen_und_Statistik	Der Globalkredit ist um Fr. 80'000 zu reduzieren.	Der Antrag zur Sparmassnahme ist tiefer als bei der letzten Budgetdebatte. Neu gibt es bei städtischen Anlässen wieder Fleisch.

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
52	GB/JA	Budget	PRD	170_Stadtplanungsamt	Im Budget sind 64'000 CHF für 0,8 FTE beim Stadtplanungsamt für laufende Areal/Gebietsentwicklung, Koordination mit Dritten/innerhalb der Verwaltung und raumplanerischen Facharbeiten einzustellen.	Zum Schutz der Mitarbeitenden ist das Globalbudget zu erhöhen. Die Überbelastung des Personals führt aktuell zu Ausfällen, einer hohen Personalfuktation und teils ineffizienten und unbefriedigenden Arbeitsprozessen. Eine Priorisierung von Arbeiten ist nur bedingt möglich, da gewisse Raumplanungsarbeiten durch Dritte (Kanton, Region, SBB, etc.) initiiert werden.
53	GB/JA	Planjahr	PRD	170_Stadtplanungsamt	Die Finanzmittel für die Fertigstellung der BO-Revision sind in den Planjahren 2027 bis 2029 einzustellen.	Die befristeten Personalressourcen und Finanzmittel der BGO-Revision laufen Mitte 2027 aus. Die BGO-Revision benötigt jedoch bis min. 2030/2031 Ressourcen. Diese sind im AFP auszuweisen.
54	GB/JA	Planjahr	PRD	170_Stadtplanungsamt	In den Planjahren sind 128'000 CHF für 0,8 FTE beim Stadtplanungsamt für laufende Areal/Gebietsentwicklung, Koordination mit Dritten/innerhalb der Verwaltung und raumplanerischen Facharbeiten einzustellen.	Zum Schutz der Mitarbeitenden ist das Globalbudget zu erhöhen. Die Überbelastung des Personals führt aktuell zu Ausfällen, einer hohen Personalfuktation und teils ineffizienten und unbefriedigenden Arbeitsprozessen. Eine Priorisierung von Arbeiten ist nur bedingt möglich, da gewisse Raumplanungsarbeiten durch Dritte (Kanton, Region, SBB, etc.) initiiert werden.
55	FDP	Budget	SUE	200_Direktionsstabsdienste_SUE	Auf die Schaffung einer 80% Stelle Business Analyst soll verzichtet werden. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 60'000 zu kürzen.	Der Bedarfsnachweis für eine permanente Stabs-Stelle ist nicht erbracht. Diese Funktion kann fallweise auch über Externe erbracht werden.
56	FDP	Planjahr	SUE	200_Direktionsstabsdienste_SUE	Auf die Schaffung einer Stelle Business Analyst soll in den Jahren 2026-2029 grundsätzlich verzichtet werden.	Der Bedarfsnachweis für eine permanente Stabs-Stelle ist nicht erbracht. Diese Funktion kann fallweise auch über Externe erbracht werden.
57	SVP	Budget	SUE	210_Kantonspolizei	Der Globalkredit der Dienststelle 210 Kantonspolizei ist um Fr. 350'000.00 zu erhöhen. Der Schutz der Fussgänger muss verbessert werden.	Damit soll eine Verbesserung des Fussgängerschutzes auf den Trottoirs und auf Gehwegen mit Fahrverbot erreicht werden. Der Betrag ist vollumfänglich bei der Verkehrsplanung zu kompensieren.
58	SVP	Budget	SUE	210_Kantonspolizei	Der Globalkredit der Dienststelle 210 Kantonspolizei ist um Fr. 250'000.00 zu erhöhen. Der Schutz der Fussgänger muss verbessert werden.	Damit soll eine Verbesserung des Fussgängerschutzes auf den Trottoirs und auf Gehwegen mit Fahrverboten erreicht werden.
59	SVP	Budget	SUE	210_Kantonspolizei	Der Globalkredit der Dienststelle 210 Kantonspolizei ist um Fr. 350'000.00 zu erhöhen. Dies zwecks mehr polizeilichem Schutz für gefährdete Objekte und Personen und Sicherstellung des Zugangs zum Bahnhof und Funktionieren des ÖVs ohne lange Unterbrüche.	Angesichts der militanten Demos der Hamas-Anhänger und aggressiv auftretender Klimaschützer braucht es mehr polizeilichen Schutz, damit die gefährdeten Personen und Institutionen besser geschützt werden.
60	SVP	Planjahr	SUE	210_Kantonspolizei	Der Schutz der Fussgängervorschriftswidrig fahrenden Velofahrenden muss verbessert werden. Falsch abgestellte Fahrräder auf den Trottoirs müssen entfernt werden. Der Kantonspolizei sind entsprechende Aufträge zu erteilen.	Die Sicherheit der Fussgänger ist wegen Missachtung wichtiger Strassenverkehrsvorschriften nicht mehr überall gewährleistet. Insbesondere Kinder müssen besser geschützt werden.
61	SVP	Planjahr	SUE	210_Kantonspolizei	Der Schutz der Bevölkerung, Botschaften, gefährdeten Objekte ist zu verstärken. Auch muss der uneingeschränkte Zugang zum Bahnhof und das Funktionieren des ÖV trotz Demonstrationen sicher gestellt sein. Lange Unterbrüche sind nicht zu tolerieren. Der Kantonspolizei sind entsprechende Aufträge zu erteilen.	Angesichts der militanten Demos der Hamas-Anhänger und aggressiv auftretender Klimaschützer braucht es mehr polizeilichen Schutz, damit die gefährdeten Personen und Institutionen besser geschützt werden.
62	RWSU	Planjahr	SUE	220_Amt_für_Umweltschutz	Der Leistungsindikator zur Erreichung Meilensteine gemäss Klimareglement (CO2/Kopf/Jahr) ist anzupassen, und zwar linear wie folgt: 2025 - 3,14 t (wie gehabt) / 2026 - 2,93 t / 2027 - 2,71 t / 2028 - 2,50 t / 2029 - 2,29 t	
63	FDP	Planjahr	SUE	220_Amt_für_Umweltschutz	Die Fachstelle für nachhaltige Ernährung und die von ihr ausgeführten Aufgaben seien ersatzlos zu streichen.	Die Bevölkerung über nachhaltige Ernährung aufzuklären, u.ä. ist - wenn überhaupt eine öffentliche - höchstens eine Bundes- oder eine Kantonsaufgabe. Die Gemeinde (!) Bern hat darauf zu verzichten.
64	RWSU	Budget	SUE	245_Schutz_und_Rettung	Im Budget sind 208'500 CHF für 3 FTE bei «Schutz und Rettung Bern» für die Kompensation der Einführung des verlängerten Vaterschaftsurlaubs und der Elternzeit einzustellen.	Um den 24-Stunden-Betrieb von «Schutz und Rettung Bern» weiterhin zu garantieren, ist eine Aufstockung des Personalbestands notwendig. Die Kompensation durch Überstunden ist weder personal- noch finanzpolitisch nachhaltig. Als verantwortungsvolle Arbeitgeberin ist die Stadt Bern in der Pflicht, gute Arbeitsbedingungen zu gewährleisten – insbesondere in mental und körperlich herausfordernden Bereichen, die von Schichtbetrieb geprägt sind. Eine Kompensation mit den bestehenden Personalressourcen führt für die Mitarbeiter*innen zu einer unzumutbare hohen Arbeitsbelastung, einer hohen Anzahl Überstunden und dem Risiko eine Zunahme von krankheitsbedingten Ausfällen.

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
65	RWSU-Minderheit	Planjahr	SUE	245_Schutz_und_Rettung	Ab dem Planjahr 2027 sind 417'000 CHF für 3 FTE bei «Schutz und Rettung Bern» für die Kompensation der Einführung des verlängerten Vaterschaftsurlaubs und der Elternzeit einzustellen.	Um den 24-Stunden-Betrieb von «Schutz und Rettung Bern» weiterhin zu garantieren, ist eine Aufstockung des Personalbestands notwendig. Die Kompensation durch Überstunden ist weder personal- noch finanzpolitisch nachhaltig. Als verantwortungsvolle Arbeitgeberin ist die Stadt Bern in der Pflicht, gute Arbeitsbedingungen zu gewährleisten – insbesondere in mental und körperlich herausfordernden Bereichen, die von Schichtbetrieb geprägt sind. Eine Kompensation mit den bestehenden Personalressourcen führt für die Mitarbeiter*innen zu einer unzumutbaren hohen Arbeitsbelastung, einer hohen Anzahl Überstunden und dem Risiko einer Zunahme von krankheitsbedingten Ausfällen.
66	FDP	Planjahr	SUE	245_Schutz_und_Rettung	Es sind 2 Vollzeitäquivalent abzubauen.	Es sind Mindereinnahmen von 1,1 Mio geplant - das muss über Personalabbau kompensiert werden.
67	FDP	Planjahr	SUE	245_Schutz_und_Rettung	Es soll nur eine neue Stelle (anstatt zwei) als ICT Portfoliomanagement geschaffen werden. Die vorgesehenen Kosten sind in den Planjahren 2027 bis 2029 auf Fr. 156'000 zu kürzen.	Die Grösse der Dienststelle Schutz und Rettung ist übersichtlich - eine Stelle für das ICT Portfoliomanagement müsste ausreichen. Aufgrund der aktuellen Budgetsituation ist auf solche grössere Personalausbauten zu verzichten.
161	SP/JUSO	Budget	SUE	280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz	Der Globalkredit ist um Fr. 45'000.– für den Beitrag der Stadt Bern an das Gewaltpräventionsprojekt «Tür an Tür» zu erhöhen.	Häusliche Gewalt hat im Kanton Bern 2024 um 14 % zugenommen (1975 registrierte Straftaten, fünf bis sechs pro Tag). «Tür an Tür» sensibilisiert Nachbarschaften, stärkt Handlungskompetenzen und erleichtert den Zugang zu Fachstellen. Das Projekt erzielte bereits nachweisbare Erfolge in Bümpliz/Bethlehem und wird seit 2024 in Kirchenfeld/Schosshalde fortgeführt. Mit zusätzlichen 45'000 Franken kann die Stadt Bern die erfolgreiche Fortsetzung 2026 sichern.
166	SP/JUSO	Budget	SUE	280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz	Der Globalkredit ist um Fr. 60'000.– zu erhöhen, um die nötige Ressourcenanpassung für das Gewaltpräventionsprojekt «Tür an Tür» umzusetzen.	Die Wirkung von «Tür an Tür» hängt stark von intensiver Präsenz und lokaler Vernetzung in den Quartieren ab. In heterogenen Stadtteilen mit wenigen bestehenden Strukturen braucht es mehr Personal für Sensibilisierung, Schulungen und Netzwerkarbeit. Zusätzliche Stellenprozente im Jahr 2026 sind notwendig, damit das Projekt nachhaltig wirken kann.
164	SP/JUSO	Budget	SUE	280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz	Der Globalkredit ist um Fr. 10'000.– für den Beitrag der Stadt Bern an das Gewaltpräventionsprojekt "Imi fliegt" zu erhöhen.	«Imi fliegt» ist ein Workshop zur Prävention von Häuslicher Gewalt für Schulfachkräfte und Schüler:innen. Im Jahr 2024 konnten mit dem Projekt 750 Kinder im Kanton zum Thema Häusliche Gewalt sensibilisiert werden. Die Stadt Bern unterstützt das Projekt, damit weitere Berner Klassen den Workshop durchführen können.
163	SP/JUSO	Planjahr	SUE	280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz	Der Globalkredit ist um Fr. 45'000.– für den Beitrag der Stadt Bern an das Gewaltpräventionsprojekt «Tür an Tür» zu erhöhen.	Mit 45'000 Franken für die finanziellen Ressourcen kann die Stadt Bern die erfolgreiche Fortsetzung 2027 sichern. Mit einer Planung ab 2027 stellt die Stadt Bern sicher, dass Gewaltprävention strategisch und dauerhaft verankert wird.
167	SP/JUSO	Planjahr	SUE	280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz	Der Globalkredit ist um Fr. 120'000.– zu erhöhen, um die nötige Ressourcenanpassung für das Gewaltpräventionsprojekt «Tür an Tür» umzusetzen.	Um die langfristige Wirksamkeit von «Tür an Tür» zu gewährleisten, braucht es eine vorausschauende Sicherung der personellen Ressourcen. Nur so können nachhaltige Strukturen aufgebaut, mehr Quartiere erreicht und eine Kultur des aktiven Eingreifens gefördert werden.
68	RWSU	Planjahr	SUE	280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz	Die Planungsgrundlage zu «Häusliche Gewalt und Stalking Beratung» ist ab Planjahr 2027 an die tatsächliche Nachfrage der Beratungen anzupassen und das Budget entsprechend zu erhöhen, damit andere Aufgaben der Fachstelle Häusliche Gewalt und Stalking Beratung nicht zurückgestellt werden müssen.	Durch verschiedene Kampagnen ist anzunehmen, dass die Anzahl der Beratungen eher zunehmen als abnehmen wird. Die Planungsgrundlage für das Budget 2026 spiegelt diese Entwicklung nicht wider. Um die Beratungen durchführen zu können, werden diese innerhalb der Fachstelle priorisiert, was dazu führt dass andere Aufgaben der Fachstelle nicht vollumfänglich wahrgenommen werden können. Deshalb soll in Zukunft die Planungsgrundlage realistisch angepasst werden, damit die Fachstelle genügend Ressourcen zur Erfüllung ihrer Aufgaben hat.
69	FDP	Planjahr	SUE	280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz	Die 2,1 Stellen, welche von der Taskforce für Citysoftnet empfohlen wurden, sollen nicht für die Ewigkeit bleiben. Ab 2027 soll es dafür nur noch eine Stelle geben und ab 2029 keine mehr.	Die Probleme von Citysoftnet müssen einmal abgearbeitet sein und dürfen nicht unendlich sein. Das ist ja auch im Sinne und Geist einer Taskforce. Deshalb braucht es bei den Stellen eine Etappierung.
165	SP/JUSO	Planjahr	SUE	280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz	Der Globalkredit ist um Fr. 10'000.– für den Beitrag der Stadt Bern an das Präventionsprojekt gegen Häusliche Gewalt "Imi fliegt" zu erhöhen.	Mit 10'000 kann die Stadt Bern die Fortsetzung des Workshops zur Prävention von Häuslicher Gewalt von Schulfachkräften und Schüler:innen weiter sichern.
70	FDP	Budget	BSS	300_Direktionsstabsdienste_Fachstelle_für_Migrations_und_Rassismusfragen	Auf die Schaffung einer 80% Stelle Business Analyst soll verzichtet werden. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 60'000 zu kürzen.	Der Bedarfsnachweis für eine permanente Stabs-Stelle ist nicht erbracht. Diese Funktion kann fallweise auch über Externe erbracht werden.
71	SVP	Budget	BSS	300_Direktionsstabsdienste_Fachstelle_für_Migrations_und_Rassismusfragen	Der Globalkredit für die Fachstelle Migration- und Rassismusfragen ist um Fr. 250'000 zu reduzieren.	

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
72	SVP	Planjahr	BSS	300_Direktionsstabsdienste_Fachstelle_für_Migrations_und_Rassismusfragen	Die Fachstelle Migrations- und Rassismusfragen ist per 2028 ersatzlos zu streichen.	Die Beibehaltung dieser Fachstelle ist angesichts der bei Bund und Kanton vorhandenen und privaten Organisationen und Kapazitäten nicht länger zu rechtfertigen.
73	FDP	Planjahr	BSS	300_Direktionsstabsdienste_Fachstelle_für_Migrations_und_Rassismusfragen	Auf die Schaffung einer Stelle Business Analyst soll in den Jahren 2026-2029 grundsätzlich verzichtet werden.	Der Bedarfsnachweis für eine permanente Stabs-Stelle ist nicht erbracht. Diese Funktion kann fallweise auch über Externe erbracht werden.
74	FDP	Budget	BSS	310_Sozialamt	Auf die Schaffung einer Stelle für Führungsunterstützung soll verzichtet werden. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 125'000 zu kürzen.	Der Bedarfsnachweis für eine permanente Stabs-Stelle ist nicht erbracht. Diese Funktion kann auf die Führungskräfte verteilt oder auch teilweise vom GS BSS erbracht werden.
75	AL/PdA/TIF	Budget	BSS	310_Sozialamt	Der Globalkredit ist um 10 Mio. zu erhöhen.	Steuern sind ein wirksames Mittel zur Umverteilung zwischen Arm und Reich. Da wir lediglich über die Steueranlagen, nicht aber über die Steuerprogression befinden können, schlagen wir vor gleichzeitig die Steueranlage auf 1,7 zu heben und einen Teil der erwarteten Mehreinnahmen (~50,8 Mio. Fr.) den finanziell schlechter gestellten Steuerzahler*innen zurückzuerstatten.
76	SBK-Minderheit	Planjahr	BSS	310_Sozialamt	In den Globalkrediten der Planjahre 2027-2029 sind die entsprechenden Finanzmittel einzustellen um das von der Sozialhilfekommission empfohlene Pilotprojekt zur Unterstützung der IV-Anmeldung und des IV-Verfahrens umzusetzen.	Die Sozialhilfekommission hält in ihrem Tätigkeitsbericht 2023/2024 folgendes fest: Mit einer Ausnahme erkannte die Sozialhilfekommission keinen Handlungsbedarf in der Fallführung. Die Ausnahme betrifft die Schnittstelle zur Invalidenversicherung (IV): In allen geprüften Dienststellen wurden diesbezüglich Probleme festgestellt. So gibt es in vielen Fällen mehrfache Ablehnungen von Anträgen auf eine IV-Rente. Für oder bei Klient*innen mit psychischer Krankheit ist ausserdem die Mitwirkung eine Herausforderung. Insgesamt wurde deshalb ein mögliches Potenzial zur Ablösung von der Sozialhilfe über eine IV-Anerkennung festgestellt. Vor diesem Hintergrund regte die Kommission ein Pilotprojekt an, bei dem ausgewählte Klient*innen des Sozialdienstes im Sinne eines Case Managements engmaschiger und proaktiv bei der IV-Anmeldung und dem Durchlauf des für Klient*innen oft langwierigen und schwer nachvollziehbaren IV-Verfahrens begleitet werden. Dabei arbeiten idealerweise Ärzt*innen, Jurist*innen, und Sozialarbeiter*innen interdisziplinär zusammen, um die Vorabklärung der gesundheitlichen Verhältnisse, die Begleitung der IV-Anmeldung und -Abklärung und die Unterstützung ab der Verfahrensstufe Vorbescheid gemeinsam umzusetzen. Solche Pilotprojekte wurden/werden bisher schon in Winterthur und Basel durchgeführt. Diese Massnahme könnte zielführender sein als eine periodische Neuanschreibung bei der IV. Dieses Pilotprojekt soll entsprechend dem Vorschlag der Sozialhilfekommission umgesetzt werden.
77	FDP	Planjahr	BSS	310_Sozialamt	Die im Jahr 2026 zusätzlich eingestellten Fachapplikationsbetreuende und MA zur Erhaltung des Leistungsniveau des Sozialdienstes müssen in den Jahren 2027 bis 2029 nach und nach zurückgefahren werden.	Gemäss Budget werden nur gerade 2 Stellen (!) aufgrund von Fallzunahmen benötigt. Ganze 17.3 zusätzliche Stellen werden für die Betreuung von CitySoftnet (Fachapplikationsbetreuende und MA, welche das Leistungsniveau des Sozialdienstes erhalten sollen) eingestellt. Das ist ein unglaublich hoher Wert, der zur Stabilisierung der Lage gewährt werden kann, jedoch in den Folgejahren zurückgefahren werden muss. Ansonsten ist CitySoftnet ein noch grösseres finanzielles Fiasko, als es bereits ist.
78	FDP	Planjahr	BSS	310_Sozialamt	Auf die Schaffung einer Stelle für Führungsunterstützung soll in den Jahren 2027-2029 grundsätzlich verzichtet werden.	Der Bedarfsnachweis für eine permanente Stabs-Stelle ist nicht erbracht. Diese Funktion kann auf die Führungskräfte verteilt oder auch teilweise vom GS BSS erbracht werden.
160	SP/JUSO, GB/JA	Planjahr	BSS	310_Sozialamt	Der Gemeinderat ergreift Massnahmen, um die Fallbelastung im Sozialamt der Stadt Bern mittelfristig auf rund 80 Fälle pro 100%-Stelle zu senken. Die Falllast ist seit längerer Zeit sehr hoch und lag im Juni 2025 bei 103 Fällen pro Stelle. Ziel ist eine nachhaltige Entlastung der Sozialarbeitenden und eine bessere Betreuung der unterstützten Personen.	Eine niedrigere Fallbelastung verbessert nachweislich die Qualität der Betreuung und erhöht die Chancen auf eine rasche berufliche und soziale Integration der unterstützten Personen. Erfahrungen aus Winterthur zeigen, dass sich durch eine temporäre Stellenerhöhung die Fallzahlen auf unter 80 reduzieren liessen – mit klar positiven Effekten: niedrigere Kosten pro Fall, kürzere Unterstützungsdauern und mehr Austritte aus der Sozialhilfe in den Arbeitsmarkt. Auch wenn die Existenzsicherung tendenziell weniger intensive Betreuung benötigt, beeinträchtigt eine zu hohe Fallbelastung dennoch die Arbeitsqualität und führt zu Überlastung des Personals. Die derzeitigen Zahlen in Bern übersteigen die kantonale Empfehlung von 97 Fällen deutlich und liegen auch über dem stadt-eigenen Soll-Wert. Der Gemeinderat hat deshalb Massnahmen zu ergreifen, um Überforderung zu vermeiden und die Qualität der Sozialarbeit zu sichern.

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
79	SBK	Budget	BSS	320_Schulamt	Der Globalkredit ist um 750'000 Fr. zu erhöhen, damit der Betreuungsschlüssel in der Tagesbetreuung wie geplant auf 1:6 ausgebaut werden kann. Es findet keine Verschiebung dieser Erhöhung um ein Jahr statt.	Der Entscheid, den Betreuungsschlüssel in der Tagesbetreuung 1:6 ist das Resultat eines langen Aushandlungsprozesses, der gesundheitspolitische und pädagogische Ziele verfolgt: Die Mitarbeitenden werden entlastet, sie haben mehr Zeit für die Betreuung und Ressourcen für die pädagogische Arbeit. Mitarbeitende in der Tagesbetreuung sind einer grossen Arbeitslast ausgesetzt und die Verbesserung der Arbeitssituation durch den Betreuungsschlüssel 1:6 soll nicht aufgeschoben werden. Der Betreuungsschlüssel 1:6 wurde vom Stadtrat beschlossen. Bis anhin ist die Umsetzung bei Zyklus 1 umgesetzt. Die Umsetzung bei Zyklus 2 soll wie beschlossen ab 2026 (und Folgejahre) erfolgen.
80	SBK-Minderheit	Budget	BSS	320_Schulamt	Der Globalkredit ist um 100'000 Fr. zu erhöhen, um die geplante Ressourcenanpassung in den Sekretariaten umzusetzen.	Unabhängig vom Wachstum der Schüler*innenzahlen brauchen die Sekretariate mehr Ressourcen, um ihre Aufgaben bewältigen zu können. Um die dringend nötigen Entlastungen vorzunehmen und die Arbeitsbedingungen in den Sekretariaten zu verbessern, sind die geplanten Ressourcenanpassungen vorzunehmen und im Budget zusätzliche 100'000 Franken einzustellen.
81	SBK-Minderheit	Budget	BSS	320_Schulamt	Der Globalkredit ist um 290'000 Fr. zu erhöhen, damit der Faktor 1,5 von Schüler*innen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen nicht auf 20% pro Standort beschränkt werden muss.	Der Faktor 1,5 wird Schüler*innen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen zugeteilt, wenn sie mehr Betreuung beanspruchen. Es soll möglich sein, für jedes Kind mit besonderen Betreuungsbedürfnissen Faktor 1,5 zu bestimmen. Die Obergrenze von 20% der Kinder pro Standort, für die Faktor 1,5 bestimmt werden kann, ist willkürlich und benachteiligt betroffene Kinder, wenn für sie Faktor 1,5 nicht gilt, nur weil die 20% an einem Standort schon erreicht sind.
82	SBK-Minderheit	Budget	BSS	320_Schulamt	Der Globalkredit ist um 225'000 Fr. zu erhöhen. Es soll für das Zvieri in der Tagesbetreuung eingestellt werden.	Neu soll das Zvieri in der Tagesbetreuung zusätzlich in Rechnung gestellt werden. Diese Massnahme führt zu steigenden Betreuungskosten für die Eltern. Diese Erhöhung der Betreuungskosten widerspricht einer fortschrittlichen Gleichstellungspolitik, die möglichst zugängliche Betreuungsangebote zum Ziel hat und sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzt.
83	SBK-Minderheit	Budget	BSS	320_Schulamt	Der Globalkredit ist um 93'000 Fr. zu erhöhen, um die Sachkosten der Schulen an die steigenden Schüler*innenzahlen anzupassen.	Aufgrund steigender Schüler*innenzahlen fallen für die Schulen höhere Sachkosten an (z.B. Unterrichtsmaterialien). Für einen qualitativ hochstehenden Unterricht ist es wichtig, dass die Schulen entsprechend ausgerüstet und das nötige Material zur Verfügung haben.
84	SBK	Budget	BSS	320_Schulamt	Der Globalkredit ist um 330'000 Fr. zu erhöhen, um die Lernbegleitung 2026 kostenlos weiterführen und das Nachfolgeangebot rechtzeitig aufgleisen zu können.	Die kostenlose Lernbegleitung ist wichtig für Kinder, die privat keine oder kaum Unterstützung beim Lernen erhalten. Sie ist ein zentrales Instrument zur Förderung der Chancengerechtigkeit. Für einen möglichst niederschweligen Zugang ist es wichtig, dass das Angebot auch 2026 kostenlos weitergeführt und rechtzeitig ein Nachfolgeangebot aufgelegt wird. Denn die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie schnell Kinder in den Rückstand geraten, wenn die Kontinuität fehlt.
85	SBK-Minderheit	Budget	BSS	320_Schulamt	Der Globalkredit ist um 35'000 Fr. für die Grippeimpfung für Lehrpersonen zu erhöhen.	Lehrpersonen sind in ihrem Beruf einem erhöhten Grippeerisiko ausgesetzt. Damit sich insbesondere Personen aus der Risikogruppe entsprechend schützen können, ist es wichtig den Zugang zu Grippeimpfungen weiterhin zu gewährleisten.
86	SBK-Minderheit	Budget	BSS	320_Schulamt	Der Globalkredit ist um 40'000 Fr. für einen entsprechenden Beitrag an die Infrastruktur und den Betrieb des Konservatoriums Bern zu erhöhen.	Im Musikunterricht soll nicht gespart werden. Es ist wichtig möglichst vielen Kindern einen Zugang zum Musikunterricht zu ermöglichen.
87	SBK	Budget	BSS	320_Schulamt	Der Globalkredit ist um 330'000 zu erhöhen für die Förderung der Zweisprachigkeit in der Volksschule (für die ehemaligen bilingualen Schulklassen eingestellter Betrag).	Die Stadt Bern soll die Förderung des Bilingualismus in der Volksschule ermöglichen. Die Stadt soll weiterhin den zweisprachigen Unterricht nach Möglichkeiten fördern und in Abstimmung mit dem Kanton ein entsprechendes Angebot führen (siehe Motion "Für die Förderung von bilingualem Unterricht (Französisch/Deutsch) in der Volksschule"). Zudem soll kein Leistungsabbau erfolgen. Die Stadt strebt einen Klassenschnitt von 21 Kinder pro Klasse an. Die Verteilung der ClaBi-Schüler*innen ab 2026 auf die verschiedenen Standorte kann zu Überschreitungen des Schnitts führen und die Stadt muss weitere Klassen eröffnen, was mit entsprechenden Kosten verbunden ist.
88	GB/JA, JUSO	Budget	BSS	320_Schulamt	Um den niederschweligen Deutschkurs im Weyerli weiterzuführen, sind CHF 40'000 ins Budget einzustellen.	Deutschkenntnisse sind eine zentrale Voraussetzung für Schule, Ausbildung, soziale Integration und viele weitere Bereiche des Lebens in Bern. Niederschwellige und innovative Angebote wie der Deutschkurs im Weyerli, der die Freizeit im Schwimmbad mit einem für alle zugänglichen Deutschkurs verbindet, müssen gefördert, statt abgebaut werden.
89	SVP	Budget	BSS	320_Schulamt	Der Globalkredit für ist um Fr. 200'000 zu reduzieren. Die Umsetzung des Ziels "Sicherstellen nachhaltiger, regionaler und saisonaler Ernährung" ist mit weniger Ressourcen umzusetzen.	

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
90	SBK-Minderheit	Planjahr	BSS	320_Schulamt	In den Globalkrediten der Planjahre 2027-2029 sind für das Zvieri in der Tagesbetreuung die entsprechenden Beträge einzustellen und die Kredite entsprechend zu erhöhen.	Neu soll das Zvieri in der Tagesbetreuung zusätzlich in Rechnung gestellt werden. Diese Massnahme führt zu steigenden Betreuungskosten für die Eltern. Diese Erhöhung der Betreuungskosten widerspricht einer fortschrittlichen Gleichstellungspolitik, die möglichst zugängliche Betreuungsangebote zum Ziel hat und sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzt.
91	SBK-Minderheit	Planjahr	BSS	320_Schulamt	In den Globalkrediten der Planjahre 2027-2029 sind für die Anpassungen der Sachkosten der Schulen an die steigenden Schüler*innenanzahlen entsprechende Beträge einzustellen und die Kredite entsprechend zu erhöhen.	Aufgrund steigender Schüler*innenanzahlen fallen für die Schulen höhere Sachkosten an (z.B. Unterrichtsmaterialien) Für einen qualitativ hochstehenden Unterricht ist es wichtig, dass die Schulen entsprechend ausgerüstet und das nötige Material zur Verfügung haben.
92	SBK-Minderheit	Planjahr	BSS	320_Schulamt	In den Globalkrediten der Planjahre 2027-2029 sind je 35'000.- für die Grippeimpfung für Lehrpersonen einzustellen und die Kredite entsprechend zu erhöhen.	Lehrpersonen sind in ihrem Beruf einem erhöhten Grippeisiko ausgesetzt. Damit sich insbesondere Personen aus der Risikogruppe entsprechend schützen können, ist es wichtig den Zugang zu Grippeimpfungen weiterhin zu gewährleisten.
93	SBK-Minderheit	Planjahr	BSS	320_Schulamt	In den Globalkrediten der Planjahre 2027-2029 sind je 40'000.- für einen entsprechenden Beitrag an die Infrastruktur und den Betrieb des Konservatoriums Bern einzustellen und die Kredite entsprechend zu erhöhen.	Im Musikunterricht soll nicht gespart werden. Es ist wichtig möglichst vielen Kindern einen Zugang zum Musikunterricht zu ermöglichen.
94	SBK	Planjahr	BSS	320_Schulamt	In den Globalkrediten der Planjahre 2027 - 2029 sind je 800'000 für die Förderung der Zweisprachigkeit in der Volksschule (für die ehemaligen bilingualen Schulklassen eingestellte Betrag) einzustellen und die Kredite je entsprechend zu erhöhen.	Die Stadt Bern soll die Förderung des Bilingualismus in der Volksschule ermöglichen. Die Stadt soll weiterhin den zweisprachigen Unterricht nach Möglichkeiten fördern und in Abstimmung mit dem Kanton ein entsprechendes Angebot führen (siehe Motion "Für die Förderung von bilingualem Unterricht (Französisch/Deutsch) in der Volksschule" ). Zudem soll kein Leistungsabbau erfolgen. Die Stadt strebt einen Klassenschnitt von 21 Kinder pro Klasse an. Die Verteilung der ClaBi-Schüler*innen ab 2026 auf die verschiedenen Standorte kann zu Überschreitungen des Schnitts führen und die Stadt muss weitere Klassen eröffnen, was mit entsprechenden Kosten verbunden ist.
95	FDP	Planjahr	BSS	320_Schulamt	Auf die Mehrkosten der Tagesbetreuung sei zu verzichten (1:6 Betreuung). Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 750'000 zu kürzen.	Bund und Kanton sehen einen Betreuungsschlüssel von 1:10 für die Tagesbetreuung vor. Weshalb hier die Stadt Bern insbesondere in Anbetracht der heiklen Finanzlage einen deutlich niedrigeren Betreuungsschlüssel haben soll, ist nicht verständlich.
96	GB/JA, JUSO	Planjahr	BSS	320_Schulamt	Um den niederschweligen Deutschkurs im Weyerli weiterzuführen, sind in den Planjahren 2027 ff. CHF 40'000 pro Jahr einzustellen.	Deutschkenntnisse sind eine zentrale Voraussetzung für Schule, Ausbildung, soziale Integration und viele weitere Bereiche des Lebens in Bern. Niederschwellige und innovative Angebote wie der Deutschkurs im Weyerli, der die Freizeit im Schwimmbad mit einem für alle zugänglichen Deutschkurs verbindet, müssen gefördert, statt abgebaut werden.
97	SVP	Planjahr	BSS	320_Schulamt	Auf die externe Zubereitung (Vorkochen) in der Produktionsküche Ziegler und andere sei wenn immer möglich per 2028 zu verzichten und es sei wieder frisch vor Ort zu kochen.	Das auf mehrer Tage Vorkochen ist keine gesunde Ernährung und nicht nachhaltig (Es gibt viele Resten in den Tagesschulen).
98	SBK	Budget	BSS	330_Familie_und_Quartier	Der Globalkredit ist um 50'000 Fr. zu erhöhen, um die Nachfrage nach Betreuungsgutsprachen decken zu können.	In der letzten Budgetdebatte wurde eine Planungserklärung angenommen, die eine Erhöhung des Betrags für Betreuungsgutsprachen entsprechend der Anzahl bezugsberechtigter Menschen vorsieht. Das aktuelle Kostendach wird dieses Jahr voraussichtlich erreicht oder sogar überschritten. Aufgrund zunehmender Nachfrage und einer Verordnungsanpassung sind 2026 mit Mehrkosten von 50'000.- zu rechnen. Dieser Betrag soll im Budget eingestellt werden damit weiterhin alle bezugsberechtigten Menschen Zugang zu Betreuungsgutsprachen haben, Auch die Berner Bevölkerung wird älter - der demographische Trend deutet klar darauf hin, dass in Zukunft noch viel mehr ältere Menschen in der Schweiz und somit auch in der Stadt Bern wohnen werden. Wird die Kontingentierung nicht aufgehoben, dann werden die somit gesunkenen Beiträge pro Person eines Tages kaum mehr dazu beitragen können, dass ein würdiges Leben im Alter für alle zugänglich ist.
99	SBK	Budget	BSS	330_Familie_und_Quartier	Der Globalkredit ist um 15'000 Fr. zu erhöhen, damit der Beitrag an die Junge Bühne Bern von 65'000 Fr. auf 80'000 Fr. angehoben werden kann.	Bei der Projektförderung schreibt Kultur Stadt Bern vor, dass in den Budgets für Kulturproduktionen branchenübliche Löhne und Sozialversicherungen einberechnet werden. Theaterschaffende orientieren sich dabei an den Richtgagen von "T.Punkt Theaterschaffen Schweiz". Die Löhne der Mitarbeitenden der Jungen Bühne Bern liegen deutlich unter diesen Richtgagen. Aus diesem Grund soll der jährliche Beitrag um 15'000.- erhöht werden.
100	GB/JA, SP/JUSO	Budget	BSS	330_Familie_und_Quartier	Der Betrag für die Abgeltung an die VBG wird im Budget 2026 um CHF 135'000 erhöht, um die vom Stadtrat beschlossene Anpassung des Leistungsvertrags 2026–2029 umzusetzen.	Die Erhöhung der Abgeltung wurde vom Stadtrat am 26. Juni 2025 im Rahmen des neuen Leistungsvertrags 2026–2029 beschlossen. Die entsprechenden Mittel müssen im Budget eingestellt werden.

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
101	SBK	Planjahr	BSS	330_Familie_und_Quartier	In den Globalkrediten der Planjahre 2027-2029 sind für eine Anhebung des jährlichen Beitrags von 65'000 auf 80'000 für die Junge Bühne Bern je zusätzliche 15'000 einzustellen und die Kredite entsprechend zu erhöhen.	Bei der Projektförderung schreibt Kultur Stadt Bern vor, dass in den Budgets für Kulturproduktionen branchenübliche Löhne und Sozialversicherungen einberechnet werden. Theaterschaffende orientieren sich dabei an den Richtgagen von "T.Punkt Theaterschaffen Schweiz". Die Löhne der Mitarbeitenden der Jungen Bühne Bern liegen deutlich unter diesen Richtgagen. Aus diesem Grund soll der jährliche Beitrag um 15'000.- erhöht werden.
102	GB/JA, SP/JUSO	Planjahr	BSS	330_Familie_und_Quartier	Die zusätzliche Erhöhung der jährlichen Abgeltung an die VBG um CHF 135'000 ist in der Finanzplanung für die Jahre 2027 bis 2029 verbindlich zu berücksichtigen.	Die Erhöhung der Abgeltung wurde vom Stadtrat am 26. Juni 2025 im Rahmen des neuen Leistungsvertrags 2026–2029 beschlossen. Die entsprechenden Mittel müssen im AFP eingestellt werden.
103	SBK-Minderheit	Budget	BSS	370_Gesundheitsdienst	Der Globalkredit ist um 20'000 Fr. zu erhöhen, um das Angebot "Digitales Gleichgewicht" an besonders belasteten Schulen wie geplant im Jahresrhythmus anbieten zu können.	Digitale Medien sind heute nicht mehr wegzudenken, doch der gesunde Umgang damit ist für viele Kinder, Eltern und Lehrpersonen eine grosse Herausforderung. Das Präventionsangebot "Digitales Gleichgewicht" bietet hier wichtige Unterstützung, die gerade für besonders belastete Schulen im Westen von Bern und in Wittigkofen für wenig Geld grosse Entlastung bieten kann.
104	GB/JA	Budget	BSS	370_Gesundheitsdienst	Im Budget sind 23'000.- für die Anpassung der Ressourcen im schulärztlichen Dienst einzustellen.	Aufgrund steigender Schüler*innenanzahlen braucht es eine entsprechende Anpassung der Ressourcen im schulärztlichen Dienst. Mit der aktuell vorgesehenen Verschiebung dieser Anpassung um ein Jahr, müssten mit dem bestehenden Personalkörper mehr Schüler*innen betreut werden. Diese Überbelastung sollte weder dem Personal noch den betroffenen Schüler*innen zugemutet werden.
105	GB/JA, JUSO	Budget	BSS	370_Gesundheitsdienst	Im Budget sind 250'000 CHF für die Weiterentwicklung Frühförderung Stadt Bern einzustellen.	Gemäss dem städtischen internen Konzept «Weiterentwicklung Frühförderung Stadt Bern» besteht ein signifikanter Handlungsbedarf in der Frühförderung. Daher wurde 2025 ein schrittweiser Umbau der Frühförderung gestartet, aufgrund der knappen finanziellen Verhältnisse der Stadt Bern konnte das Budget dafür jedoch nur um Fr. 70'0000.00 erhöht und der ausgewiesene Bedarf von Fr. 322'450.00 damit nicht gedeckt werden. Es ist kein weiterer Ausbau für 2026 und Folgejahre vorgesehen, um den Um- und Ausbau voranzubringen. Es ist bekannt, dass Investitionen in den Frühbereich, auch in einem ökonomischen Sinne, ausgesprochen rentabel sind (vgl. dazu z.B. James J. Heckman). Verstärkte Anstrengungen im Bereich der familienzentrierten Vernetzung zeigen Wirkung, indem mehr Familien niederschwelliger und systematischer erreicht werden und dadurch Kinder in ihrer Entwicklung systematischer, besser und umfassender gefördert werden können. Zudem werden durch die frühe Förderung die Schulen entlastet. Mit dem Ausbau von familienzentrierten Netzwerken kann der Unterstützungsbedarf von belasteten Familien mit verhältnismässig geringem Aufwand befriedigt werden. Die Weiterentwicklung von primano mit dem innovativen Vernetzungs-Modell «Frühe Hilfen» leistet einen wichtigen Beitrag, damit die Ziele und Schwerpunkte der Stadt Bern erreicht werden können (vgl. z.B. Legislatorschwerpunkte 2025-28; Schwerpunkt Demokratie und soziale Teilhabe, Massnahme: Die Stadt Bern fördert den chancengerechten Zugang zu einer qualitativ hochstehenden und umfassenden Vorschul- und Schulbildung inklusive Betreuung). Für die Finanzierung der Weiterentwicklung wäre eine Erhöhung des Globalbudgets um Fr. 250'000.00 ab 2026 notwendig. Der Betrag ergibt sich aus den Berechnungen im Konzept von Fr. 322'450.00 abzüglich der bereits gesprochenen Fr. 70'000.00 im Budget 2025.
168	JUSO	Budget	BSS	370_Gesundheitsdienst	Der Globalkredit wird um 30'000 Franken erhöht, um den Erhalt und die Weiterentwicklung des Recovery College Bern durch die Übernahme der Mietkosten und die Produktion von Programmbroschüren langfristig zu sichern.	Das Recovery College Bern (RCB) ist ein innovatives Bildungsangebot im Bereich psychische Gesundheit, das seit 2019 Kurse für Betroffene, Angehörige und Interessierte anbietet und damit einen wichtigen Beitrag zu Prävention, Inklusion und Gesundheitskompetenz leistet. Nach dem Rückzug der UPD Anfang 2024 wird das Angebot von einem neu gegründeten Verein getragen, der zwar kantonale Unterstützung erhält, die Gesamtkosten jedoch nicht decken kann. Damit das RCB seine Arbeit in der städtischen Liegenschaft im Kornhaus weiterführen kann, braucht es eine ergänzende Unterstützung durch die Stadt Bern. Konkret sollen die jährlichen Mietkosten von CHF 24'000.– sowie CHF 6'000.– für die Programmbroschüren und Flyer übernommen werden.

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
106	SBK-Minderheit	Planjahr	BSS	370_Gesundheitsdienst	In den Globalkrediten der Planjahre 2027-2029 sind je 40'000 Fr. für das Angebot "Digitales Gleichgewicht" an besonders belasteten Schulen einzustellen, um dieses wie geplant im Jahresrhythmus anbieten zu können. Die Kredite sind entsprechend zu erhöhen.	Digitale Medien sind heute nicht mehr wegzudenken, doch der gesunde Umgang damit ist für viele Kinder, Eltern und Lehrpersonen eine grosse Herausforderung. Das Präventionsangebot "Digitales Gleichgewicht" bietet hier wichtige Unterstützung, die gerade für besonders belastete Schulen im Westen von Bern und in Wittigkofen für wenig Geld grosse Entlastung bieten kann.
107	GB/JA	Planjahr	BSS	370_Gesundheitsdienst	Im Planjahr 2027 sind 23'000.- für die Anpassung der Ressourcen im schulärztlichen Dienst einzustellen.	Aufgrund steigender Schüler*innenzahlen braucht es eine entsprechende Anpassung der Ressourcen im schulärztlichen Dienst. Mit der aktuell vorgesehenen Verschiebung dieser Anpassung um ein Jahr, müssten mit dem bestehenden Personalkörper mehr Schüler*innen betreut werden. Diese Überbelastung sollte weder dem Personal noch den betroffenen Schüler*innen zugemutet werden.
108	GB/JA, JUSO	Planjahr	BSS	370_Gesundheitsdienst	In den Planjahren 2027-2029 sind jeweils 250'000 CHF für die Weiterentwicklung Frühförderung Stadt Bern einzustellen.	Gemäss dem städtischen internen Konzept «Weiterentwicklung Frühförderung Stadt Bern» besteht ein signifikanter Handlungsbedarf in der Frühförderung. Daher wurde 2025 ein schrittweiser Umbau der Frühförderung gestartet, aufgrund der knappen finanziellen Verhältnisse der Stadt Bern konnte das Budget dafür jedoch nur um Fr. 70'0000.00 erhöht und der ausgewiesene Bedarf von Fr. 322'450.00 damit nicht gedeckt werden. Es ist kein weiterer Ausbau für 2026 und Folgejahre vorgesehen, um den Um- und Ausbau voranzubringen. Es ist bekannt, dass Investitionen in den Frühbereich, auch in einem ökonomischen Sinne, ausgesprochen rentabel sind (vgl. dazu z.B. James J. Heckman). Verstärkte Anstrengungen im Bereich der familienzentrierten Vernetzung zeigen Wirkung, indem mehr Familien niederschwelliger und systematischer erreicht werden und dadurch Kinder in ihrer Entwicklung systematischer, besser und umfassender gefördert werden können. Zudem werden durch die frühe Förderung die Schulen entlastet. Mit dem Ausbau von familienzentrierten Netzwerken kann der Unterstützungsbedarf von belasteten Familien mit verhältnismässig geringem Aufwand befriedigt werden. Die Weiterentwicklung von primano mit dem innovativen Vernetzungs-Modell «Frühe Hilfen» leistet einen wichtigen Beitrag, damit die Ziele und Schwerpunkte der Stadt Bern erreicht werden können (vgl. z.B. Legislaturschwerpunkte 2025-28; Schwerpunkt Demokratie und soziale Teilhabe, Massnahme: Die Stadt Bern fördert den chancengerechten Zugang zu einer qualitativ hochstehenden und umfassenden Vorschul- und Schulbildung inklusive Betreuung) Für die Finanzierung der Weiterentwicklung wäre eine Erhöhung des Globalbudgets um Fr. 250'000.00 ab 2026 notwendig. Der Betrag ergibt sich aus den Berechnungen im Konzept von Fr. 322'450.00 abzüglich der bereits gesprochenen Fr. 70'000.00 im Budget 2025.
169	JUSO	Planjahr	BSS	370_Gesundheitsdienst	Der Globalkredit wird um 30'000 Franken pro Planjahr zu erhöhen, um den Erhalt und die Weiterentwicklung des Recovery College Bern durch die Übernahme der Mietkosten und die Produktion von Programmbroschüren langfristig zu sichern.	Das Recovery College Bern (RCB) ist ein innovatives Bildungsangebot im Bereich psychische Gesundheit, das seit 2019 Kurse für Betroffene, Angehörige und Interessierte anbietet und damit einen wichtigen Beitrag zu Prävention, Inklusion und Gesundheitskompetenz leistet. Nach dem Rückzug der UPD Anfang 2024 wird das Angebot von einem neu gegründeten Verein getragen, der zwar kantonale Unterstützung erhält, die Gesamtkosten jedoch nicht decken kann. Damit das RCB seine Arbeit in der städtischen Liegenschaft im Kornhaus weiterführen kann, braucht es eine ergänzende Unterstützung durch die Stadt Bern. Konkret sollen die jährlichen Mietkosten von CHF 24'000.– sowie CHF 6'000.– für die Programmbroschüren und Flyer übernommen werden.
109	FDP	Budget	BSS	380_Sportamt	Auf die Schaffung / Aufstockung einer zusätzlichen 30% Kommunikationsstelle sei zu verzichten. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 38'000 zu kürzen.	Aufgrund der aktuellen Finanzlage ist eine solche Aufstockung schwierig. Diese Funktion muss auf die bisherigen Rollenträger verteilt oder auch durch den zweckmässigen Einsatz von KI erfolgen.
110	FDP	Budget	BSS	380_Sportamt	Auf die Kompensationen aufgrund Absenzen sei zu verzichten. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 169'000 zu kürzen.	Dies ist eine Führungsaufgabe mittels sinnvoller Arbeitsplatzgestaltung, Einsatzplanung und Gesundheitsmanagement für weniger Absenzen zu sorgen. Man muss der Ursache der Absenzen auf den Grund gehen anstatt neue Stellen zu schaffen.
111	FDP	Planjahr	BSS	380_Sportamt	Auf die Schaffung / Aufstockung einer zusätzlichen 30% Kommunikationsstelle soll in den Jahren 2027-2029 grundsätzlich verzichtet werden.	Aufgrund der aktuellen Finanzlage ist eine solche Aufstockung schwierig. Diese Funktion muss auf die bisherigen Rollenträger verteilt oder auch durch den zweckmässigen Einsatz von KI erfolgen.

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
112	FDP	Budget	TVS	500_Direktionsstabsdienste_TV	Auf die Schaffung einer 80% Stelle Business Analyst soll verzichtet werden. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 60'000 zu kürzen.	Der Bedarfsnachweis für eine permanente Stabs-Stelle ist nicht erbracht. Diese Funktion kann fallweise auch über Externe erbracht werden.
113	FDP	Planjahr	TVS	500_Direktionsstabsdienste_TV	Auf die Schaffung einer Stelle Business Analyst soll in den Jahren 2026-2029 grundsätzlich verzichtet werden.	Der Bedarfsnachweis für eine permanente Stabs-Stelle ist nicht erbracht. Diese Funktion kann fallweise auch über Externe erbracht werden.
114	FDP	Budget	TVS	510_Tiefbau_Stadt_Bern	Es ist auch im 2026 ein Budgetposten von 1 Mio. für Unterhalt einzuplanen und nicht erst ab 2027.	Der Unterhalt darf nicht ausgesetzt werden. Begegnung Wertzerfall Infrastrukturen (Unterhaltsrückstau).
115	GFL	Budget	TVS	510_Tiefbau_Stadt_Bern	Das Globalbudget ist um Fr. 100'00.00 zu kürzen. Der vom Gemeinderat gesprochene Projektierungskredit in der Höhe von 100'000 Franken für die Mitfinanzierung eines Projektwettbewerbs Fussgängersteg Zehendermätteli wird aus dem Budget gestrichen.	Der Gemeinderat soll die Idee eines Fussgängerstegs über die Aare beim Zehendermätteli nicht weiterverfolgen und sich nicht an einem Projektwettbewerb mit der Gemeinde Bremgarten und der Burgergemeinde beteiligen. Der Zugang zum Zehendermätteli soll bleiben, wie er ist.
116	Ingrid Kissling-Näf SP, Laura Curau Mitte, Nik Eugster FDP, Nathalie Bertsch GLP, Michael Burkard GFL	Planjahr	TVS	510_Tiefbau_Stadt_Bern	Im Globalkredit 2027 ff. des Tiefbauamts sollen wie bisher Einnahmen von Fr. 5,148 Mio. aus der Erteilung von Konzessionen für Plakatstellen eingeplant bleiben.	Die Motion Tabea Rai (AL)/Jelena Filipovic (GB)/Zora Schneider (PdA)/Mohamed Abdirahim (JU-SO)/Simone Machado (GaP): Keine Kommerzielle Werbung im Aussenraum; Revision von Reklamereglement und ggf. Bauordnung der Stadt Bern soll nicht umgesetzt werden. Mit der Umsetzung der Motion müssten bereits bestehende Leistungen der Stadt im Umfang von 5,5 Millionen Franken zurückgefahren werden. Auf diese Konzessionseinnahmen soll angesichts der finanziellen Lage der Stadt nicht verzichtet werden. Dies auch, weil die weiteren Werbeflächen (privat, SBB etc.) weiterhin bespielt werden. Mit der Gutheissung der Planungserklärung wird der Gemeinderat beauftragt, dem Stadtrat die Abschreibung der Motion vorzulegen.
117	PVS-Minderheit	Budget	TVS	520_Stadtgrün_Bern	Im Budget sind 60'000 CHF für die Umsetzung der Stadtklima-Initiative einzustellen.	Da Klimaanpassungsreglement ist per 2025 in Kraft getreten. Die Konkretisierung und Umsetzung von ersten Schritten sind im 2026 anzugehen und nicht ins Jahr 2027 zu vertagen.
118	GB/JA	Budget	TVS	520_Stadtgrün_Bern	Im Budget sind 120'000 CHF für 1.5 FTE bei der Fachstelle Natur und Ökologie für die Förderung von belebten Aussenräumen bei privaten und halbprivaten Liegenschaften einzustellen.	Aktuell sind viele private und städtische Wohnliegenschaften geprägt von monotonen Aussenräumen. Der Wunsch nach Vielfältig nutzbaren und diversen Aussenräumen besteht vielerorts sowohl von Seiten Mietenden wie auch von den Immobilienbesitzenden. Gut umgesetzte partizipative Wohnumfeldaufwertungen fördern die Gemeinschaft und stärken die Nachbarschaft. Für ein gutes Gelingen benötigt es eine Koordination zwischen Verwaltung, Eigentümer*innen und Nutzenden. Die Planung, Umsetzung und Pflege vom biodiversitätsarmen Abstandsgrün hin zu einem ansprechenden Wohnumfeld mit artenreichen Standorten benötigt Begleitung und Beratung von Fachleuten. Erfahrungswerte müssen gesammelt werden und ein Netzwerk aufgebaut. Aktuell fehlen diese Ressourcen bei der Fachstelle Natur und Ökologie. In den letzten Jahren konnten wegen zu wenig Personal nur vereinzelte Projekte umgesetzt werden (z.B Kleefeldstrasse). Verschiedene vielversprechende Partnerschaften (z.B mit der AG von Graffenried) stehen erst am Anfang. Um zukünftig auf privatem Grund die Artenvielfalt im Sinne des neuen Biodiversitätskonzepts zu fördern sowie eine Aneignung des Aussenraums zu ermöglichen, soll der Fachstelle neu ab 2026 1,5 FTE zur Verfügung stehen. Die Stellenaufstockung ermöglicht eine Umsetzung der Massnahmen 1.3 Belebte Aussenräume, 1.4 Nachbarsgärten und 5.7 Beratungsangebot Aussenräume der aktualisierten Wohnstrategie.
119	GB/JA	Budget	TVS	520_Stadtgrün_Bern	Im Budget sind 264'000 CHF für die Umsetzung der ersten Schritte neuen Biodiversitätskonzepts einzustellen.	Der Biodiversitätsverlust ist zusammen mit der Klimaerwärmung eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit. Das Biodiversitätskonzept ist seit 2025 als verbindliches Instrument in Kraft. Seine Umsetzung darf nicht aufgeschoben werden.
120	FDP	Budget	TVS	520_Stadtgrün_Bern	Die neue Bereichsleitungsstelle darf nur CHF 180'000 kosten.	Auch im Wissen, dass im Betrag von CHF 200'000 für die neue Bereichsleiterstelle noch ca. 15% Sozialabgaben integriert sind, ist dieser Betrag zu hoch. Auf dem freien Markt würde für eine Stelle mit dieser Komplexität viel weniger bezahlt.
121	PVS-Minderheit	Planjahr	TVS	520_Stadtgrün_Bern	Im Planjahr 2027 sind zusätzlich 60 000 CHF für die Umsetzung der Stadtklima-Initiative einzustellen.	Die Umsetzung der Stadtklima-Initiative soll ab 2027 ohne Unterbruch fortgeführt werden. Zur Vermeidung zusätzlicher administrativer Aufwände wird im Planungsjahr 2027 derselbe Betrag wie ab 2028 (CHF 120'000) eingestellt.
122	GB/JA	Planjahr	TVS	520_Stadtgrün_Bern	Ab dem Planjahr 2027 sind 240'000 CHF für 1.5 FTE bei der Fachstelle Natur und Ökologie für die Förderung von belebten Aussenräumen bei privaten und halbprivaten Liegenschaften einzustellen.	Auf Flächen im Privateigentum und in halbprivatem Besitz soll das Potenzial für Aufwertungen gezielt genutzt werden. Deshalb sind ab dem Planjahr 2027 für die Fachstelle Natur und Ökologie 240'000 CHF für 1,5 FTE zur Förderung von belebten Aussenräumen einzustellen.

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
123	GB/JA	Planjahr	TVS	520_Stadtgrün_Bern	Im Planjahr 2027 sind zusätzlich 724 000 CHF für die Umsetzung des Biodiversitätskonzepts einzustellen.	Die Umsetzung des Biodiversitätskonzepts soll ab 2027 ohne Unterbruch fortgeführt werden. Zur Vermeidung zusätzlicher administrativer Aufwände wird im Planungsjahr 2027 derselbe Betrag wie ab 2028 (CHF 988'000) eingestellt.
124	FDP	Planjahr	TVS	520_Stadtgrün_Bern	Es sind 0,5 Vollzeitäquivalent abzubauen.	Die Einnahmen (Entgelte) bei den Friedhöfen wurden tiefer ausfallen - deshalb muss ein Personalabbau erfolgen.
125	FDP	Planjahr	TVS	520_Stadtgrün_Bern	Auf die Schaffung einer Bereichsleitungsstelle soll in den Jahren 2026-2029 grundsätzlich verzichtet werden.	Auch im Wissen, dass im Betrag von CHF 200'000 für die neue Bereichsleiterstelle noch ca. 15% Sozialabgaben integriert sind, ist dieser Betrag zu hoch. Auf dem freien Markt würde für eine Stelle mit dieser Komplexität viel weniger bezahlt.
126	FDP	Planjahr	TVS	570_Geoinformation_Stadt_Bern	Es sind 0,5 Vollzeitäquivalent abzubauen.	Die Einnahmen (Entgelte) für das Nachführen von amtlichen Vermessungen und Vermessungsdienstleistungen gehen zurück - deshalb muss ein Personalabbau erfolgen.
127	SVP	Budget	TVS	580_Verkehrsplanung	Kürzung des Globalbudgets um 1 Mio. Franken	Die Verkehrsplanung agiert einseitig zugunsten des Veloverkehrs und schränkt den motorisierten Individualverkehr zunehmend durch den Abbau von Parkplätzen und Fahrspuren ein. Die Stadt hat zudem diverse verkehrsplanerische Zielsetzungen bereits erreicht und soll sich nun auf prioritäre Aufgaben fokussieren. Gemäss den Zahlen der städtischen Verkehrszählung steigt der Veloverkehr seit 2014 kontinuierlich an. Diese Entwicklung ist grundsätzlich positiv; es gilt nun jedoch, diese zu stabilisieren, um eine Überhitzung im Sinne einer Überplanung zu verhindern. Gleichzeitig sollte die Stadt darauf achten, die Bedürfnisse aller Verkehrsträger ausgewogen zu berücksichtigen und durch eine ganzheitliche Planung den Gesamtverkehr effizient und nachhaltig zu gestalten.
128	SVP	Budget	TVS	580_Verkehrsplanung	Kürzung des Globalbudgets um 500 000 CHF	Die Verkehrsplanung agiert einseitig zugunsten des Veloverkehrs und schränkt den motorisierten Individualverkehr zunehmend durch den Abbau von Parkplätzen und Fahrspuren ein. Die Stadt hat zudem diverse verkehrsplanerische Zielsetzungen bereits erreicht und soll sich nun auf prioritäre Aufgaben fokussieren. Gemäss den Zahlen der städtischen Verkehrszählung steigt der Veloverkehr seit 2014 kontinuierlich an. Diese Entwicklung ist grundsätzlich positiv; es gilt nun jedoch, diese zu stabilisieren, um eine Überhitzung im Sinne einer Überplanung zu verhindern. Gleichzeitig sollte die Stadt darauf achten, die Bedürfnisse aller Verkehrsträger ausgewogen zu berücksichtigen und durch eine ganzheitliche Planung den Gesamtverkehr effizient und nachhaltig zu gestalten.
129	GB/JA	Budget	TVS	580_Verkehrsplanung	Im Budget sind 600'000 CHF bei der Fachstelle Fuss- und Veloverkehr einzustellen.  <b>GEGENÜBERSTELLUNGEN</b> • Antrag SVP (1 Mio.) vs. Antrag SVP (1/2 Mio.) • Obsiegender Antrag vs. Antrag GB/JA • Obsiegender Antrag	Gemäss dem AFP sind die dringend nötigen Massnahmen erst ab 2027 vorgesehen. Um das jährlichen Wachstum des Veloverkehrs von 8% zu gewährleisten (Gemäss EKS2035), müssen die Mittel schon ab 2026 eingestellt werden.
130	FDP	Budget	TVS	580_Verkehrsplanung	Auf den Beitrag von Fr. 39 850.00 für das Veloverleihsystem ist zu verzichten.	Das Veloverleihsystem ist für die Allgemeinheit gemacht worden. Die Angestellten der Stadt Bern sollen für diese Dienstleistung bezahlen wie alle anderen auch.
131	SVP	Planjahr	TVS	580_Verkehrsplanung	Auf die geplanten zusätzlichen Stellen in der Verkehrsplanung soll verzichtet werden.	Die Stadt hat in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Fortschritte in der Verkehrsplanung erzielt und zahlreiche Zielsetzungen umgesetzt. Der Veloverkehr nimmt seit 2014 kontinuierlich zu, was auf die bisherigen Massnahmen zurückzuführen ist. Anstatt zusätzliche Stellen zu schaffen, sollte nun eine Konsolidierung erfolgen, um die erreichten Erfolge zu stabilisieren und eine Überplanung zu verhindern. Zudem ist es wichtig, die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen effizient einzusetzen und sich auf die wirklich prioritären Aufgaben zu konzentrieren. Angesichts der angespannten Haushaltslage ist ein weiterer Personalaufbau in der Verkehrsplanung nicht gerechtfertigt. Vielmehr sollte die Stadt auf eine ausgewogene Gesamtverkehrsstrategie setzen, die die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigt, ohne zusätzliche Verwaltungskapazitäten aufzubauen.

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
132	SVP	Planjahr	TVS	580_Verkehrsplanung	Auf die Durchführung von Pilotprojekten zur 24h-Gratis-Parkierung für Velos soll verzichtet werden.	Die Bereitstellung von Veloabstellplätzen verursacht Bau-, Betriebs- und Unterhaltskosten. Gemäss dem Verursacherprinzip sollen diese Kosten nicht durch die Allgemeinheit getragen, sondern über angemessene Benutzungsgebühren von den Nutzerinnen und Nutzern gedeckt werden. Ein Verzicht auf Gebühren im Rahmen von Pilotprojekten zur 24h-Gratis-Parkierung setzt falsche Anreize, schafft zusätzliche Defizite, welche die angespannte Finanzlage der Stadt weiter belasten. Stattdessen sollen die Einnahmen aus der Veloparkierung konsequent zur Deckung der anfallenden Kosten eingesetzt werden. Damit wird eine faire und nachhaltige Finanzierung gewährleistet und eine einseitige Bevorzugung einzelner Verkehrsträger vermieden.
133	SVP	Planjahr	TVS	580_Verkehrsplanung	Auf die zusätzlichen Kosten in Höhe von 555'000 Franken für den Betrieb und Ausbau des öffentlichen regionalen Veloverleihsystems soll verzichtet werden.	Das öffentliche regionale Veloverleihsystem existiert bereits und erfüllt seinen Zweck. Zusätzliche Kosten von 555'000 Franken sind im aktuellen Finanzrahmen nicht gerechtfertigt. Statt die Ausgaben weiter zu erhöhen, sollten die vorhandenen Mittel genutzt werden, um den bestehenden Betrieb effizient zu erhalten und beispielsweise gezielt die Anschaffung zusätzlicher, besonders beliebter E-Bikes zu ermöglichen.
134	FDP	Planjahr	TVS	580_Verkehrsplanung	Auf einen Beitrag für das Veloverleihsystem zur zurverfügungstellung von Gratisabonnements innerhalb der Stadtverwaltung ist in den Jahren 2026-2029 ist zu verzichten.	Das Veloverleihsystem ist für die Allgemeinheit gemacht worden. Die Angestellten der Stadt Bern sollen für diese Dienstleistung bezahlen wie alle anderen auch.
135	FDP, GFL	Budget	FPI	600_Direktionsstabsdienste_FPI	Auf die neue Kommunikationsstelle soll verzichtet werden. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 60'000 zu kürzen.	<b>FDP:</b> Der allgemeine Haushalt darf nicht noch mehr aufgebläht werden. Es darf keinen Leistungsausbau und neue Aufgaben mehr geben ohne zu kompensieren. <b>GFL:</b> Offenbar wird in den Direktionsstabsdiensten eine neue Kommunikationsstelle aufgebaut, die nicht intern kompensiert werden soll. Das ist nicht akzeptabel in der aktuellen Finanzlage.
136	FDP	Budget	FPI	600_Direktionsstabsdienste_FPI	Auf die Schaffung einer 80% Stelle Business Analyst soll verzichtet werden. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 60'000 zu kürzen.	Der Bedarfsnachweis für eine permanente Stabs-Stelle ist nicht erbracht. Diese Funktion kann fallweise auch über Externe erbracht werden.
137	FDP	Budget	FPI	600_Direktionsstabsdienste_FPI	Auf die neue Stelle "Politische Steuerung" soll verzichtet werden. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 75'000 zu kürzen.	Der allgemeine Haushalt darf nicht noch mehr aufgebläht werden. Es darf kein Leistungsausbau und neue Aufgaben mehr geben ohne zu kompensieren.
138	FDP, GFL	Planjahr	FPI	600_Direktionsstabsdienste_FPI	Auf die Schaffung einer Kommunikationsstelle soll in den Jahren 2027-2029 verzichtet werden.	<b>FDP:</b> Der allgemeine Haushalt darf nicht noch mehr aufgebläht werden. Es darf keinen Leistungsausbau und neue Aufgaben mehr geben ohne zu kompensieren. <b>GFL:</b> Offenbar wird in den Direktionsstabsdiensten eine neue Kommunikationsstelle aufgebaut, die nicht intern kompensiert werden soll. Das ist nicht akzeptabel in der aktuellen Finanzlage.
139	FDP	Planjahr	FPI	600_Direktionsstabsdienste_FPI	Auf die Schaffung einer Stelle "Politische Steuerung" soll in den Jahren 2027-2029 grundsätzlich verzichtet werden.	Der allgemeine Haushalt darf nicht noch mehr aufgebläht werden. Es darf keinen Leistungsausbau und neue Aufgaben mehr geben ohne zu kompensieren.
140	FDP	Planjahr	FPI	600_Direktionsstabsdienste_FPI	Auf die Schaffung einer Stelle Business Analyst soll in den Jahren 2027-2029 grundsätzlich verzichtet werden.	Der Bedarfsnachweis für eine permanente Stabs-Stelle ist nicht erbracht. Diese Funktion kann fallweise auch über Externe erbracht werden.
141	AL/PdA/TIF, JA!, JUSO	Budget	FPI	620_Immobilien_Stadt_Bern	Der Globalkredit ist jährlich um Fr. 40'000 zu reduzieren.	Die Fraktion AL/PdA/TIF verlangt die Streichung der jährlichen Unterstützung von 40'000 Fr. für den Verein Casablanca. In unserem Verständnis ist es nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand private Liegenschaftsbesitzer*innen zu subventionieren und diesen die Reinigung ihrer Hausfassade zu finanzieren.
142	AL/PdA/TIF, JA!, JUSO	Planjahr	FPI	620_Immobilien_Stadt_Bern	Der Globalkredit ist jährlich um Fr. 40'000 zu reduzieren.	Die Fraktion AL/PdA/TIF verlangt die Streichung der jährlichen Unterstützung von 40'000 Fr. für den Verein Casablanca. In unserem Verständnis ist es nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand private Liegenschaftsbesitzer*innen zu subventionieren und diesen die Reinigung ihrer Hausfassade zu finanzieren.
143	RWSU	Planjahr	FPI	640_Personalamt	Der Leistungsindikator "Frauenanteil im Führungskader" ist ab Planjahr 2027 auf 50% zu erhöhen.	Die Stadt Bern nimmt sich zum Ziel, eine gleichstellungsfördernde Arbeitgeberin zu sein. Ein Frauenanteil von 40% im Führungskader wird diesem Anspruch nicht gerecht. Sie muss sich weiter aktiv dafür einsetzen, diesen auf mindestens 50% zu erhöhen.

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
162	SP/JUSO, GB/JA	Planjahr	FPI	640_Personalamt	Der Gemeinderat stellt in Erfüllung seiner Fürsorgepflicht sicher, dass allen Organisationseinheiten genügend personelle Ressourcen zur Erfüllung der Aufgaben und der Rechtsansprüche aus dem Personalreglement zur Verfügung stehen. Finanzierungen von Personalkosten insbesondere im Bereich Gesundheitsschutz und Integration bei krankheitsbedingten Einschränkungen sowie für Mutterschafts-, Vaterschafts-, und Elternzeit sind zu zentralisieren.	Die Stadt Bern ist als verantwortungsvolle Arbeitgeberin verpflichtet, das Personalreglement für alle Mitarbeitenden umzusetzen – das gilt auch für die Bereiche mit Schichtbetrieb. Es darf keine Ungleichbehandlung gegenüber Mitarbeitenden anderer städtischer Bereiche geben. Der Gemeinderat soll deshalb sicherstellen, dass Ausfälle durch Mutterschafts-, Vaterschafts- oder Elternzeit sowie andere Absenzen zuverlässig kompensiert werden. Die Finanzierung solcher Personalkosten soll zentral erfolgen, weil diese Ausgaben unregelmässig anfallen und damit die Globalbudgets der Direktionen und Abteilungen unvorhersehbar belasten.
144	AL/PdA/TIF	Budget	FPI	650_Informatik_Stadt_Bern	Der Globalkredit ist um Fr. 120'000 zu erhöhen.	In Einklang mit der überwiesenen Motion zur Förderung der digitalen Souveränität (2024.SR.0321) soll eine Evaluation von OpenDesk oder anderen Alternativen zu Microsoft 365 als Pilotprojekt aufgebaut werden.
145	FDP	Planjahr	FPI	650_Informatik_Stadt_Bern	Externes Controlling für Digitalisierungsprojekte: Der Gemeinderat wird verpflichtet, bei allen Digitalisierungsprojekten über CHF 2 Mio. ein externes Controlling einzusetzen und die Ergebnisse dem Stadtrat jährlich vorzulegen.	Für 2026–2029 sind Digitalisierungsinvestitionen von über 70 Mio. CHF eingeplant. Projekte wie Citysoftnet haben erhebliche Risiken bei Kostenüberschreitungen und Verzögerungen gezeigt. Externe Erfolgskontrolle erhöht die Transparenz, senkt Fehlerrisiken und stärkt das Vertrauen in die Digitalisierungsstrategie der Stadt.
146	FDP	Budget	FPI	660_Logistik_Bern	Die Ausgaben für die Wiederverkaufsplattform sollen gestrichen werden. Der Globalkredit ist um die dafür vorgesehenen Fr. 38'200 zu kürzen.	Es gibt schon genügend Wiederverkaufsplattformen in der Schweiz (Ricardo, Tutti, etc.) und niemand hat auf eine solche Plattform von Logistik Bern gewartet. Für den stadinternen Gebrauch kann auch der WebShop dafür gebraucht werden. Deshalb ersatzlos streichen.
147	FDP	Planjahr	FPI	660_Logistik_Bern	Es sind 2 Vollzeitäquivalent abzubauen.	Der Umsatz mit der Uni Bern fällt weg, entsprechend gibt es weniger Leistungen zu erbringen und konsequenterweise braucht es weniger Personal.
148	FDP	Planjahr	FPI	660_Logistik_Bern	Die Ausgaben für die Wiederverkaufsplattform soll in den Jahren 2027-2029 verzichtet werden.	Es gibt schon genügend Wiederverkaufsplattformen in der Schweiz (Ricardo, Tutti, etc.) und niemand hat auf eine solche Plattform von Logistik Bern gewartet. Für den stadinternen Gebrauch kann auch der WebShop dafür gebraucht werden. Deshalb ersatzlos streichen.
149	FDP	Budget	FPI	860_Fonds_für_Boden_und_Wohnbaupolitik	Der Globalkredit der Sonderrechnung „Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik“ ist um 1'219'000 Franken zu kürzen, sodass er im Budget 2026 ausgeglichen ist.	Der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik kauft, verkauft und vermietet Liegenschaften. Dies kann und muss er zumindest kostendeckend tun. Derzeit kann der Bestand an städtischem Wohnraum die Nachfrage nicht decken. Es kann und darf also nicht sein, dass der Fonds Defizite schreibt. Gemäss Budget 2026 resultiert in der Sonderrechnung ein Fehlbetrag von –1,219 Mio. Franken, obwohl die Nachfrage nach städtischem Wohnraum hoch ist und entsprechende Erträge erzielt werden müssten. Hinzu kommt, dass der Fonds jährlich einen Sockelbetrag von 28 Mio. Franken an den Steuerhaushalt ausschüttet. Übersteigt der EBIT diesen Betrag, wird zusätzlich ein Bonus von 20 % auf die Differenz ausbezahlt. Diese neue Regelung ersetzt die frühere, vom Betriebsergebnis weitgehend unabhängige Verzinsung des Fondskapitals. Ein Defizit trotz dieses Mechanismus ist haushaltspolitisch problematisch. Das Budget ist anzupassen. Dabei sind betriebswirtschaftlich sinnvolle Massnahmen zu prüfen – beispielsweise Optimierungen auf der Ertragsseite oder eine Überprüfung der Bewirtschaftungsstrategie. Ebenso ist zu hinterfragen, ob die Praxis, sehr teure Neubauten preisgünstig an eine kleine Zielgruppe zu vergeben, einerseits betrieblich sinnvoll und andererseits gegenüber all jenen Bernerinnen und Bernern fair ist, die keinen Zugang zu städtischem Wohnraum erhalten.
153	AL/PdA/TIF	Budget	FPI	860_Fonds_für_Boden_und_Wohnbaupolitik	Die Verzinsung des Kapitals an den Allgemeinen Haushalt ist einmalig um 10.0 Mio. Franken zu reduzieren (betrifft die Finanzverwaltung).	Der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik zahlt jährlich mindestens 28 Mio. Franken Zinsen an die Stadt Bern, als Grundstückseignerin. Nun ist der Fonds in finanzieller Schieflage. Es ist daher angezeigt für 2026 die Zinslast etwas zu reduzieren, ohne dabei die Mechanik der Verzinsung des städtischen Finanzvermögens als solches in Frage zu stellen.
156	SVP	Planjahr	FPI	860_Fonds_für_Boden_und_Wohnbaupolitik	Die Stadt muss nach dem Erwerb neuer Liegenschaften die Kosten für die Instandstellung im Budget separat ausweisen.	Der Antrag dienen der Transparenz. Nur so ist gewährleistet, dass die Investitionen überprüft und analysiert werden können.
157	SVP	Planjahr	FPI	860_Fonds_für_Boden_und_Wohnbaupolitik	Die Stadt muss nach dem Erwerb neuer Liegenschaften die Kosten für deren Instandstellung über das gleiche Budget wie die des Erwerbs abwickeln.	Der Antrag dienen der Transparenz. Nur so ist gewährleistet, dass die Investitionen überprüft und analysiert werden können.

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	Betrifft	Direktion	Dienststelle	Antrag / Planungserklärung	Begründung
150	RWSU	Planjahr	FPI	860_Fonds_für_Boden_und_Wohnbaupolitik	Der Leistungsindikator beim Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik "installierte Photovoltaikanlagen bei Gebäudesanierungen" ist für die Jahre 2026 - 2029 auf 12 zu erhöhen.	Im Jahr 2025 werden von den geplanten 12 Anlagen nur 3 umgesetzt. Das Ziel wurde weit verfehlt. Der Realisierungsgrad entspricht weder der angestrebten Vorbildrolle der Stadt noch den Zielwerten der städtischen Klimapolitik. Das "Umsetzungskonzept Solar" sieht vor, dass die Stadt ab 2026 vermehrt selber PV-Anlagen realisiert. Dieses Ziel soll daher auch in den Leistungsindikatoren des Fonds verankert werden.
158	SVP	Planjahr	FPI	860_Fonds_für_Boden_und_Wohnbaupolitik	Die Stadt muss nach dem Erwerb neuer Liegenschaften genau angeben, welche Einheiten sie wie genau renoviert, Wohnungsgrösse in m2, Anzahl Zimmer, Ausbaustandard etc.	Der Antrag dient der Transparenz. Nur so ist gewährleistet, dass die Investitionen überprüft und analysiert werden können.
159	AL/PdA/TIF	Planjahr	FPI	860_Fonds_für_Boden_und_Wohnbaupolitik	Mietzinserhöhungen für städtische Wohnungen basierend auf einer Erhöhung des Referenzzinssatzes sind jeweils unmittelbar nach einer Senkung des Referenzzinssatzes wieder rückgängig zu machen.	Im Dezember 2023 hat die Stadt Bern die Mietzinse für städtische Wohnungen um durchschnittliche 6 Prozent erhöht. Das städtische Leitbild sagt, dass durch aktive Boden- und Wohnbaupolitik Lebensräume und Nutzflächen erhalten und geschaffen werden sollen. Ausserdem soll durch die Teilnahme am Boden- und Wohnungsmarkt Spekulationen und Preissteigerungen bekämpft werden. Dies muss weiterhin Priorität haben. Für eine soziale und nachhaltige Wohnungspolitik ist es wichtig, solche Entwicklungen nur so kurz wie nötig auf die Einwohner*innen der Stadt abzuwälzen. Deshalb sollen die auf den Referenzzinssatz zurückzuführenden Mietzinserhöhungen wieder rückgängig gemacht werden. Denn dieser liegt wieder bei 1,25%. Während für die einkommensstärksten Haushalte die Miete anteilmässig am Einkommen gemessen um 2 Prozent auf 10 Prozent gesunken ist, ist sie für die einkommenschwächsten Haushalte um 4% auf 36% gestiegen. Die Stadt muss solchen Entwicklungen entgegenhalten. Damit das längerfristig möglich ist verlangt unsere Fraktion die Reduktion der Zinslast des Fonds in einem separaten Antrag.